

Pakistan: Jiand Baloch ist wieder frei - die BelutschInnen nicht!

Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1065, 17. August 2019

Am 2. August konnten wir die Freilassung des Studentenführers der Baloch Students Organization (BSO) Jiand Baloch feiern, die auf der Facebookseite der BSO bekanntgegeben wurde (<https://www.facebook.com/bso1967/>). Jiand „verschwand“ am 30. November 2018. Einige Tage später „verschwanden“ drei weitere Genossen der BSO, Zareef Rind, Changez Baloch und Aurangzaib Baloch. Während letztere am 5. Januar wieder freigelassen wurden, mussten all jene, die Jiand und seinen Idealen nahestehen, für weitere sieben Monate um sein Leben fürchten.

Die Entführung oder das so genannte „Verschwinden“ von BelutschInnen wie Jiand ist eine gängige Praxis gegen politische AktivistInnen und Angehörige unterdrückter, nationaler Minderheiten in Pakistan. Es trifft die Bevölkerung Belutschistans, Pakistans südwestliche Provinz, besonders hart. Geschätzte 20.000 Menschen sind seit den 1990ern verschwunden. Viele wurden nie wieder gesehen nur als geschundene Leichnahme, die am Straßenrand abgeworfen wurden. Der pakistanische Zentralstaat und die KapitalistInnenklasse, die vor allem im Punjab und in Karachi angesiedelt ist, verfolgen seit jeher eine Agenda der inneren Kolonisierung gegenüber den anderen drei Provinzen und weiteren Regionen wie Gilgit-Baltistan. Das belutschische Volk ist am stärksten betroffen, da die Region reich an Ressourcen und von geostrategischer Bedeutung ist, jedoch nur wenige ihrer BürgerInnen in der Position sind, sich der Ausbeutung durch inländisches und internationales Kapital entgegenzustellen. Die brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes hat immer wieder zur Bildung von Guerilla-Kräften geführt. In Reaktion auf eine Wiederbelebung der Guerilla-Bewegung 2018 hat der Staat mit voller Gewalt jedwede Form von Opposition unterdrückt.

Die Liga für die Fünfte Internationale und
REVOLUTION standen auf der Seite der belutschischen studentischen
AktivistInnen

und warben international für ihre unmittelbare und sichere Freilassung. Wir
haben das getan, weil wir davon überzeugt sind, dass nur durch die Anerkennung
des Rechts auf Selbstbestimmung unterdrückter Völker ein gemeinsamer Kampf
gegen den Kapitalismus entstehen kann. Nur durch die Solidarität mit der
unterdrückten „Peripherie“ - sei es in Kashmir, Palästina oder Belutschistan -
können die ArbeiterInnen in den Metropolen eine Einheitsfront gegen die
Unterdrückung
und die gemeinsame Ausbeutung mit ihren Brüdern und Schwestern schaffen.

Wir möchten all jenen Menschen, AktivistInnen
und Organisationen, danken, die ihre Stimme in Solidarität mit Jiand Baloch und
der BSO erhoben haben. Es waren eure Anstrengungen, die das Leben eines
Genossen gerettet haben. Anstatt die BSO zu zerstören, hat die staatliche
Repression nun zu ihrer größeren Bekanntheit geführt. Neue Schichten der
Gesellschaft wurden über die demokratischen und sozialistischen Ziele der
jungen belutschischen AktivistInnen aufgeklärt. Wir glauben, dass genau das der
Weg ist, wie internationale Solidarität aussehen kann und der Aufbau einer
sozialistischen ArbeiterInnen- und Jugendbewegung vorangebracht werden kann.
Sie werden nicht durch passives Abwarten auf eine bessere Zukunft entstehen.
Sie entstehen durch das mutige und bewusste Eingreifen von SozialistInnen in
Kämpfe,
wie jenes des belutschischen Volkes für Freiheit.

In diesem Sinn möchten wir nicht nur jenen
danken, die Jiand unterstützt haben, sondern alle daran erinnern, dass auch
heute noch tausende BelutschInnen vermisst werden. Die Provinz steht immer
noch
faktisch unter Militärherrschaft. Demokratische Rechte bestehen allenfalls auf
dem Papier. Wir möchten euch daher darum bitten, auch in Zukunft eure Stimme
zu
erheben. Die Linke und ArbeiterInnenorganisationen in Pakistan und
international müssen sowohl politische als auch materielle Unterstützung für

den Aufbau einer sozialistischen Jugend- und ArbeiterInnenbewegung in Belutschistan leisten.

Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung von Jammu und Kaschmir

Erklärung der [Revolutionary Socialist Movement](#), Pakistan, 10. August 2019, Infomail 1064, 11. August 2019

Am 5. August

präsentierte Amit Shah, Indiens Innenminister und gleichzeitig Präsident der regierenden Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei, BJP), im Rajya Sabha (Staatenversammlung; zweite Kammer), dem Oberhaus des indischen Parlaments, einen Präsidentenbefehl zur Aufhebung von Artikel 370, einer Verfassungsbestimmung, die dem Staat Jammu und Kaschmir einen Sonderstatus einräumte. Nach einer kurzen Debatte wurde die Resolution im Oberhaus mit einer Mehrheit von 125 Stimmen gegen 61 angenommen.

Aufhebung von Artikel 370

Im Unterhaus

(Lok Sabha; Volksversammlung; erste Kammer) wurde der Beschluss mit einer

Mehrheit

von 367 Stimmen gegen 67 Stimmen gefasst. Artikel 370 gab der gesetzgebenden Versammlung Jammus und Kaschmirs die Befugnis, eigene Gesetze in allen Bereichen zu erlassen, mit Ausnahme von Fragen der Außenpolitik, der Verteidigung und der Kommunikation, die bei Delhi blieben. Außerdem hatte der Staat Jammu und Kaschmir das Recht auf eine eigene Verfassung und eine eigene Flagge. Diese Verfassungsbestimmungen verpflichteten den indischen Staat, diese Bestimmungen nicht ohne die volle Zustimmung beider Seiten zu ändern.

Mit der

Aufhebung von Artikel 370 wurde all dies jedoch beendet. Der Staat Jammu und Kaschmir wurde seines Status der begrenzten Autonomie innerhalb Indiens beraubt. Die von der BJP ausgearbeitete Resolution schlägt ferner vor, den Staat in zwei Unionsterritorien aufzuteilen: erstens Jammu und Kaschmir und zweitens Ladakh. Das bedeutet, dass die erstere ihre eigene gesetzgebende Versammlung beibehalten und die indische Zentralregierung einen (weisungsgebundenen) Gouverneurstatthalter ernennen wird, während Ladakh direkt von Delhi aus regiert wird, d. h. es wird dort keine eigene gesetzgebende Versammlung geben.

Darüber hinaus

wurde unter der Präsidialverordnung auch Artikel 35-A aufgehoben. Diese Verfassungsbestimmung erlaubte es der Legislative des Staates Jammu und Kaschmir zu definieren, wer die ständigen BewohnerInnen des Staates sind, d. h. seine BürgerInnen. Dies war ein Gesetz aus der Zeit der Maharadscha-Herrschaft vor 1947, nach dem einE Nicht-Kaschmiri nicht in den Genuss der Bestimmungen für den Kauf von Land in Kaschmir und den Eintritt in den Staatsdienst kommen konnte (Maharadscha: großer Herrscher/Fürst/König). Nun, da Kaschmir keine eigene Verfassung mehr haben wird, muss es sich wie jeder andere Staat an die indische Verfassung halten. Das bedeutet auch, dass alle indischen Gesetze automatisch auf Kaschmiris anwendbar sind und Menschen von außerhalb des Staates dort Immobilien kaufen können. Kurz gesagt, der Staat Jammu und Kaschmir wurde zu einem Teil Indiens gemacht, indem man ihm

seinen
Sonderstatus entzogen hat.

Bereits viele

Tage vor der Aufhebung von Artikel 370 war eine Situation ähnlich einem Ausnahmezustand geschaffen worden, in der alle Nichtansässigen, TouristInnen, StudentInnen und ArbeitsmigrantInnen in Kaschmir zur Ausreise gezwungen wurden.

In einer der ohnehin schon am stärksten militarisierten Zonen der Welt wurde der Einsatz von Truppen erhöht. Die örtliche Polizei wurde aller Autorität beraubt und entwaffnet, während alle Bildungseinrichtungen geschlossen und die BewohnerInnen von Jugendherbergen vertrieben wurden. Darüber hinaus wurden Internet-, Mobilfunk- und sogar Festnetztelefondienste eingestellt. Außerdem wurde sogar die kaschmirische Führung im Dienste der indischen Staatsinteressen unter Hausarrest gestellt, während die Führung der FreiheitskämpferInnen hinter Gittern landete. Mehr als 500 Menschen sitzen in Haft, und es gab Berichte, dass 50 DemonstrantInnenen getötet wurden, als sie versuchten, zu mobilisieren und der Ausgangssperre zu trotzen.

In dieser

Situation kursieren alle möglichen Gerüchte, die eine Atmosphäre von Angst und Chaos erzeugen.

Hindutva-Politik

All dies

geschieht natürlich im Rahmen der Hindutva-Politik von Narendra Modi.

Hindutva

ist das neue Gesicht des indischen Kapitals, das versucht, sich China als Wirtschafts- und Militärmacht anzugleichen. Die Modi-Regierung will die Kriegshysterie fördern, damit einerseits jeder Widerstand und jede

Meinungsverschiedenheit im Namen des Vorwurfs der „Feindschaft gegenüber Indien“ zerschlagen werden kann. Andererseits zielen solche Maßnahmen darauf ab, indischen KapitalanlegerInnen die Möglichkeit zu geben, Kaschmir auszubeuten und zu plündern. Sofort nachdem Kaschmir seines Sonderstatus beraubt wurde, hat die KapitalistInnenklasse auf beiden Seiten der Grenze Gefühle von Hass und Kriegshysterie verbreitet.

Auf der einen

Seite der Grenze wird die aktuelle Entwicklung als Sieg für die Modi-Regierung wahrgenommen. In Pakistan hingegen sieht die KapitalistInnenklasse, die mit einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert ist, ihren einzigen Ausweg ebenfalls im Schüren von Kriegshysterie. Die aktuelle Entwicklung hat die beiden Atommächte in Konfliktstellung gebracht. Sollte jedoch tatsächlich ein Krieg stattfinden, würde der größte Preis dafür von der einfachen Bevölkerung getragen werden, insbesondere von Kaschmiris, die seit 70 Jahren die Hauptlast der Politik der beiden Länder getragen haben.

Dennoch hat die

aktuelle Situation auch die Chancen für einen neuen Kampf geschaffen. Dieser neue Kampf würde einerseits der barbarischen Besetzung kaschmirischer Länder und der Massaker durch Indien entgegenstehen und andererseits auch die Rolle des pakistanischen Staates, der seine eigene Hegemonie in der Region haben will, in Verbindung mit der Politik des pakistanischen Staates in seinen besetzten Gebieten, den so genannten Asad Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet) und Gilgit-Baltistan (Nordregion; pakistanisches Sonderterritorium unter Bundesverwaltung), die die Region in zwei Teile zerrissen hat, deutlich machen.

Fragen neuer neuen Bewegung

Es ist sehr

wahrscheinlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Bewegung entstehen wird, die die Selbstbestimmung Kaschmirs zum Ziel hat und alle Nationen im Staat Jammu und Kaschmir zu einer Unabhängigkeitsbewegung zusammenführt. In diesem Zusammenhang sind einige Dinge zu berücksichtigen, sollte eine solche Bewegung ausbrechen. Die Grundlage dieser Bewegung muss dringend säkular sein, um die Spaltungen zu überwinden, die durch hinduistische versus muslimische politische Ideologien hervorgerufen werden, und zweitens sollte die Bewegung keine Illusionen in irgendeinen der umliegenden Staaten oder in die imperialistischen Mächte wie die USA oder China haben. Alle diese Mächte hegen ihre eigenen egoistischen Interessen und jede Zusammenarbeit mit ihnen im Namen der Lösung des Konflikts in Kaschmir kann verheerende Folgen für die dortige Bevölkerung haben.

Die Vereinten

Nationen sind in Wirklichkeit auch eine Institution, die über ihren Sicherheitsrat stets die imperialistischen Interessen schützt, wo immer diese DiebInnen sich einigen können. Andernfalls ist dieses Gremium gelähmt und tut nichts. Das kaschmirische Volk ist sich bewusst, dass die UNO in den letzten 72 Jahren der Besetzung und Teilung des Landes durch Indien und Pakistan praktisch akzeptiert hat, anstatt den Konflikt zu lösen und ein Referendum abzuhalten, wie 1948 versprochen wurde. Stattdessen müssen die Bewegung und ihre Führung direkt an die Massen der ArbeiterInnenklasse in Indien und Pakistan appellieren, sich für Klassensolidarität einzusetzen.

Im Gegensatz zu

dem, was in den pakistanischen Mainstream-Medien präsentiert wird, genießt die Hindutva-Ideologie nicht in allen Bereichen der indischen Gesellschaft Anerkennung. Stattdessen haben sich Organisationen von StudentInnen, Frauen und ArbeiterInnen gegen diese Politik der BJP-geführten Regierung gestellt. Anstatt

das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir und den Abzug der indischen Truppen aus dem Staat zu fordern, haben sich die Hauptströmungen der indischen Linken weitgehend gegen die Aufhebung von Artikel 370 ausgesprochen, weil sie die Entwicklung als Bedrohung für die indische Verfassung und den Säkularismus sehen.

Anstatt sich der indischen Besatzung und Kolonisierung der Region als Verletzung des Grundsatzes des Rechts auf Selbstbestimmung zu widersetzen, verteidigt die Linke de facto diese Kolonisierung, indem sie sich auf Kaschmir als einen integralen Bestandteil des indischen Staates bezieht. Und das, obwohl die indischen Streitkräfte seit Jahrzehnten die schlimmsten Gräueltaten gegen das kaschmirische Volk verüben, lange bevor Artikel 370 widerrufen wurde.

In den von Indien besetzten Gebieten Jammu und Kaschmir sind durch die Auferlegung einer Gouverneursherrschaft durch Narendra Modi trotz Medienberichterstattungsverbot und Ausgangssperre Proteste junger Menschen ausgebrochen. Einige DemonstrantInnen wurden getötet und jede Art von demokratischer Aktivität wird durch den Einsatz von nackter Gewalt und Angst unterdrückt. Die Zahl der Proteste wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich zunehmen und der indische Staat wird jede erdenkliche Methode anwenden, um die Bewegung zu zerschlagen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, wie Delhi zu Massenverhaftungen, Folter, Massakern und Vergewaltigungen gegriffen hat, um viele Arten von Kämpfen zu zerschlagen. Die kaschmirische Bewegung muss auf solche Repressionen vorbereitet sein und sich bewaffnen, um die Bewegung gegen militärische Barbarei und Unterdrückung zu verteidigen.

Alle wirklich

demokratischen und arbeitenden Kräfte müssen verlangen:

- Das Ende der Besetzung des Staates Jammu und Kaschmir!
- Den Abzug aller Streitkräfte der Teilungsmächte, einschließlich der paramilitärischen Polizei, aus dieser Region.
- Freilassung aller politischen Gefangenen und inhaftierten DemonstrantInnen.
- Aufhebung aller Beschränkungen der demokratischen Freiheiten wie der Versammlung, der Medien usw.
- Anerkennung des souveränen Status von vor 1947 für ganz Jammu und Kaschmir.

Die Bildung von

Nachbarschafts- und Betriebskomitees ist eine wichtige Aufgabe, sowohl um den Widerstand zu mobilisieren als auch, sobald die Bedingungen es zulassen, um Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung durchzuführen, die

über die Zukunft des Staates Jammu und Kaschmir nach den Wünschen der Bevölkerung der Region entscheiden soll. Darüber hinaus muss der Kampf für ein sozialistisches Kaschmir Teil eines Kampfes für ein sozialistisches Südasien werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es die Pflicht und im Interesse aller unterdrückten Nationen und der ArbeiterInnenklasse, in voller Solidarität mit dem Kampf für die Freiheit Kaschmirs zu stehen. Hier ist die Rolle der indischen ArbeiterInnenklasse, die im Januar einen 150 Millionen starken eintägigen Generalstreik durchgeführt hat, entscheidend.

Gewerkschaften in Pakistan

Revolutionary Socialist Movement, Revolutionärer Marxismus 51, Mai 2019

Vorwort

Die Aufgabe dieser Resolution ist es, eine die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in Pakistan zu analysieren und eine Strategie für AktivistInnen zu entwerfen.

Trotz aller Schwächen der Gewerkschaften und der ArbeiterInnenbewegung gab es in den vergangenen Jahren auch eine Reihe eindrucksvoller Arbeitskämpfe. Die Entstehung des Labour Qaumi Movement (LQM), die Kämpfe der Pflegerinnen und jungen ÄrztInnen im Gesundheitssektor und die Streiks der ArbeiterInnen bei der Pakistan International Airlines (PIA) sind alle eindrucksvolle Beispiele der Bereitschaft dieser ArbeiterInnen, Widerstand zu leisten und für ihre Rechte selbst unter widrigsten Umständen zu kämpfen. Die anhaltenden Auseinandersetzungen im Wasser- und Energiesektor (Wasser- und Elektrizitätsentwicklungsamt; WAPDA) haben ebenfalls eine strategische Bedeutung für die zukünftigen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen im Land. Auch wenn die begrenzten Streiks und Massenversammlungen die Privatisierungen nicht gestoppt haben, so haben sie sie dennoch verzögert.

Diese mutigen Kämpfe wie auch eine Reihe von Initiativen, lokalen Protesten und Versuchen bisher unorganisierte ArbeiterInnen zu organisieren - wie beispielsweise unsere eigenen Bemühungen, eine Gewerkschaft im Bereich der Heimarbeitsindustrie aufzubauen - zeigen deutlich, dass die ArbeiterInnenklasse sich für ihre eigenen Interessen in Bewegung setzen, dass sie organisiert werden kann und es militante GewerkschafterInnen und ArbeiteraktivistInnen gibt, die sich dieser Aufgabe verpflichtet haben.

Die vorliegende Resolution ist ein Versuch, den LeserInnen die Bedingungen näherzubringen, unter welchen gekämpft wird. Sie soll ebenfalls dazu dienen, die sehr reiche, aber oft verfälschte oder vergessene revolutionäre und kommunistische Tradition auf diesem Arbeitsfeld zu vermitteln.

Pakistanischer Kapitalismus und die ArbeiterInnenklasse

Nach der neoliberalen Periode spekulativen Wachstums der Wende zum 21. Jahrhunderts traf die globale Krise des Kapitalismus Pakistan besonders hart. Das Land steht nicht nur im Zentrum einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise, eines imperialistischen Krieges sowie nationaler und sozialer Unterdrückung, sondern auch zunehmender globaler Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten und Blöcken. Die andauernde Krise untergräbt immer mehr die soziale Basis des Staates. In der Konsequenz verschlechtern sich Lebensbedingungen für die werktätigen Massen, für Millionen kleiner Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen sowie für die städtische und ländliche ArbeiterInnenklasse.

Die ökonomische Krise führt dazu, dass eine wachsende Zahl kleiner und landloser Bauern/Bäuerinnen vom Land in die Städte flieht. In Folge steigt dort der Anteil der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Wenn sie überhaupt in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden, dann in den „informellen“ Sektor. Das Gleiche trifft für die wachsende Bevölkerung im Allgemeinen zu, im Speziellen für die Jugend des Landes. Für den Großteil von ihr bietet der Kapitalismus keine Zukunft mit stabiler Beschäftigung, mit regulierten Arbeitsbedingungen und anerkannten Arbeitsrechten. Ähnliches gilt für die Millionen von Flüchtlingen, die vor dem imperialistischen „Krieg gegen den Terror“ und vor etlichen Feldzügen gegen nationale Minderheiten fliehen mussten.

All das trägt zur weiteren Verschärfung der Arbeitsbedingungen in Pakistan bei. Tatsächlich arbeitet die Mehrheit aller Arbeitskräfte, die nicht auf dem Land arbeiten, im „informellen“ Sektor der Wirtschaft. Im Jahr 2014 waren 43,7 % der aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, 14,1 % in der Industrie und 38,2 % bei privaten Dienstleistungsfirmen und im öffentlichen Dienst. Die Mehrheit davon wird durch keinerlei Arbeitsregulierungen geschützt. Das trifft besonders auf die SaisonarbeiterInnen zu, die 75 % aller Lohnabhängigen im landwirtschaftlichen Bereich ausmachen. Für sie überwiegen „informelle“ Absprachen. Abhängig von Provinz oder Region sowie den sehr unterschiedlichen Eigentumsformen auf dem Land schließt dies oft Ausbeutungsformen von Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen ein, die stark an vorkapitalistische Gesellschaften erinnern, aber tatsächlich eine Erfindung moderner Zeiten sind. Unfreie Arbeit (z. B. Knechtschaft, Sklaverei), oft in der Form von Schuldknechtschaft, obwohl formal verboten, ist in einigen Gegenden weitverbreitet, z. B. in Ziegelbrennereien. Schätzungsweise unterliegen rund 2 Millionen ArbeiterInnen diesem Zwangssystem.

Informeller Sektor

Heute sind rund 40 Millionen, die Mehrheit der rund 65 Millionen Lohnabhängigen, in Industrie und im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Etwa 20 % davon sind Frauen. Die erdrückende Mehrheit, rund drei Viertel, ist im „informellen“ Sektor beschäftigt. Viele arbeiten als TagelöhnerInnen im so genannten „Kontraktsystem“ (System der Vertragsarbeit), welches sich in den vergangenen zwanzig Jahren weiter ausgebreitet und „dereguliert“ hat. Dies ist nicht zuletzt aufgrund des Drucks des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der asiatischen Entwicklungsbank und anderer internationaler Finanzinstitutionen, aber auch des pakistanischen Kapitals selbst erfolgt.

Für die ArbeiterInnen dort gibt es keine Regulierungen, die ihre Arbeitsbedingungen bestimmen. Es gibt keinen bezahlten Urlaub, keine Arbeitssicherheit, keine Krankenversicherung und keine, oder fast keine, Begrenzung der täglichen Arbeitszeit - dementsprechend auch keine bezahlten Überstunden. Gleichzeitig betrachten die herrschende Klasse und die imperialistischen Institutionen diesen Teil der Wirtschaft als den „dynamischsten“. Tatsächlich haben IWF und Weltbank wiederholt den Ausbau dieses Sektors und die Abschaffung selbst der laxesten Arbeitsgesetze eingefordert und bewilligt bekommen.

Per Definition ist es schwer, genaue Zahlen über diesen Sektor zu erheben. 2007 wurde geschätzt, dass aus der Gesamtzahl von 49,09 Millionen Erwerbstätigen zu dieser Zeit nur 17,66 Millionen als angestellt galten, während 16,77 Millionen selbstständig und 14,2 Millionen unbezahlte „FamilienhelferInnen“ im informellen Sektor waren. Während die ArbeiterInnenklasse seitdem massiv gewachsen ist und sich ihre Zusammensetzung geändert haben mag, verschaffen diese Zahlen einen Einblick in die verschiedenen Formen von „Arbeit“, die der „informelle“ Sektor umfasst. Es sollte ebenfalls zur Kenntnis genommen werden, dass viele ArbeiterInnen im „informellen“ Sektor nach Stücklohn bezahlt werden und viele der ArbeiterInnen zu Hause oder in kleinen, gefährlichen Klitschen arbeiten. Das heißt auch, dass

die ArbeiterInnenklasse zu einem großen Teil zersplittert und fragmentiert ist, gefangen in beinahe „atomisierten Strukturen“ durch das Verlagssystem und die effektive Aushebelung jeglicher Arbeitsrechte.

Dieses System ist eng verbunden mit der Arbeitsteilung innerhalb der ArbeiterInnenklasse und verschiedenen Formen der sozialen Unterdrückung. Zwar ist in den vergangenen Jahrzehnten der Anteil weiblicher Arbeitskräfte gestiegen, dies erfolgte aber überwiegend im „informellen“ Sektor. In der Heimarbeitsindustrie stellen Frauen die Mehrheit. Ihre Überausbeutung wird oft durch Patriarchat und Frauenunterdrückung verstärkt. Sie erhalten niedrigere Löhne und sind von sexueller Belästigung und Einschüchterung sowie Nichtbezahlung hergestellter Produkte betroffen. Auch sind sie meist vollkommen von anderen ArbeiterInnen abgeschottet. Sie stellen einen der am stärksten ausgebeuteten Teile der pakistanischen Beschäftigten, der systematisch unter den eigenen Reproduktionskosten bezahlt wird. Dies verstärkt ihre ökonomische Abhängigkeit von Familie und Ehemann und dadurch ihre Unterdrückung. Andere zentrale Gruppen des „informellen“ Sektors sind Kinder, Jugendliche, unfreie ArbeiterInnen und MigrantInnen, die entweder aus Kriegsgebieten oder verarmten ländlichen Gebieten geflohen sind. Während Sexismus sowie die Unterdrückung nationaler und religiöser Minderheiten nicht auf diesen Sektor beschränkt sind, spielen sie eine Rolle dabei die ArbeiterInnenklasse zu spalten und ihre Unterdrückung zu verstärken.

In Pakistan gilt in den meisten Provinzen offiziell ein Mindestlohn von 13.000 Rupien (ca. 135 Euro) monatlich. Dieser Betrag ist vollkommen unzureichend, um auch nur einen geringen Lebensstandard sicher zu stellen. Erstens gilt dieser Mindestlohn in wichtigen Bereichen nicht, unter anderem in großen Teilen der Landwirtschaft und im „informellen“ Sektor, in dem Stücklohn dominiert und es Ausnahmeregelungen vom Recht für Überstundenbezahlung gibt. Zweitens wird der Mindestlohn nicht konsequent durchgesetzt. Selbst wenn er bezahlt wird, kann er nicht den Lebensunterhaltung für eine Familie durchschnittlicher Größe decken, d. h. für 6-8 Personen,

von denen zwei ein Einkommen haben.

Dem Bericht des „Labour Survey“ von 2012-2013 zufolge betrug das Durchschnittseinkommen in diesem Zeitraum 10.240

Rupien, also weniger als der damalige Mindestlohn von 12.000 Rupien. Doch selbst diese Zahl verdeckt den Umstand, dass 24,59 % weniger als 5.000 Rupien und 43,83 % zwischen 5.000 und 10.000 Rupien verdienen. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist enorm. Während Männer damals im Schnitt 11.074 Rupien verdienen, gab es für Frauen nur durchschnittlich 5.789 Rupien. LandarbeiterInnen verdienen im Schnitt rund 6.221 Rupien im Monat.

Das bedeutet, dass praktisch die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse gezwungen ist, unter den Reproduktionskosten ihrer eigenen Arbeitskraft zu leben. Die meisten ArbeiterInnenfamilien in Pakistan sind daher gezwungen, ihre Kinder arbeiten zu lassen, um ihr Einkommen abzusichern. Es ist nicht überraschend, dass große Teile der Klasse aus ungelernten ArbeiterInnen bestehen, die leicht durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden können. Mehr als die Hälfte der gesamten ArbeiterInnenklasse in Stadt und Land sind AnalphabetInnen. Dieser Umstand wird durch die Überausbeutung nicht nur bedingt, sondern regelmäßig reproduziert. Einkommen unterhalb der Familienreproduktionskosten erzwingen, dass Kinder und Jugendlichen zur Arbeit als noch schlechter bezahlte „Hilfskräfte“ geschickt werden. Damit ist für die Mehrheit jeder neuen Generation eine Zukunft als ungelernete ArbeiterInnen vorgegeben, weil sie die Schule nicht beenden oder keine Berufsausbildung erhalten.

Die Konkurrenz zwischen diesen ArbeiterInnen wird wiederum durch den andauernden Druck der Arbeitslosigkeit erhöht. Zwar sprechen die offiziellen Zahlen von nur 5-6 %, doch auch diese Zahl ist irreführend. Denn als „beschäftigt“ gilt laut Definition in

einigen Studien bereits, wer mehr als eine Stunde pro Woche arbeitet. Während also Unterbeschäftigung weitverbreitet ist, sind Überstunden ein ebenso verbreitetes Phänomen - oft unbezahlt. Mehr als ein Drittel aller Arbeitskräfte arbeitet mehr als 49 Stunden pro Woche. In den städtischen Zentren ist es gar die Hälfte.

Der Begriff „informeller“ Sektor

umfasst eine Vielzahl wirtschaftlicher Aktivitäten, sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungsbereich

(und damit produktive und unproduktive Arbeit im marxistischen Sinn). Dazu zählen ebenfalls halbproletarische Schichten in Stadt und Land. Auch das Verlagssystem, selbst ein Teil dieses Sektors, kann unterschiedliche Formen annehmen. ArbeiterInnen können über eine dritte Partei (eine Mittelsperson oder eine Agentur) unter Vertrag gestellt werden, um in einem Betrieb oder einer Werkstatt zu arbeiten. Sie können scheinselfständig oder mit Kurzzeitverträgen direkt beschäftigt sein.

Die Existenz dieses riesigen Sektors

bedeutet als solche enorme Probleme für die gewerkschaftliche Organisation, geschweige denn Aktion. Der/Die scheinselfständige ArbeiterIn ist kaum in der Position, „Streikaktivitäten“ an den Tag zu legen, aber auch die ArbeiterInnen in der Heimarbeitsindustrie sehen sich bedeutenden Problemen ausgesetzt, insbesondere, wenn sie wirklich zu Hause arbeiten. Auf sich allein gestellt verfügen sie praktisch über keine Verhandlungsmacht. Dort wo es Arbeitskämpfe in Kleinstbetrieben gegeben hat, waren sie oft mit der Notwendigkeit verbunden, eine ganze Gemeinde oder ein ganzes ArbeiterInnenviertel zu organisieren.

Das System der Vertragsarbeit (Kontraktarbeit)

Der „informelle Sektor“ und das System

der Vertragsarbeit sind nicht nur auf kleine Betriebe und Heimarbeit

beschränkt. Ein bedeutender Teil der LohnarbeiterInnenschaft ist durchaus in

der Industrie beschäftigt und arbeitet dort unter widrigen Bedingungen. In weiten Teilen des privaten Sektors gibt es praktisch keine gewerkschaftliche Organisierung. Dementsprechend ist die Ausbeutungsrate dort sehr hoch. Oft produzieren private Unternehmen, wie im Fall der Textilindustrie, auch für den Weltmarkt. Hier liegt ein „Verlagssystem“ auf einem höheren Niveau vor. Kleinere KapitalistInnen beschäftigen eine große Zahl ArbeiterInnen, wobei staatliche Arbeitsregulierungen ignoriert und umgangen werden. Die produzierten Güter wiederum werden von einer kleinen Zahl von Monopolen der großen imperialistischen Nationen abgenommen. Das trifft insbesondere auf die Textilindustrie, aber auch auf den Agrarsektor und die Nahrungsmittelindustrie zu.

Die Privatisierung ganzer Industrie-Unternehmen hat eine Ausweitung des Verlagssystems auf die industrielle Wirtschaft zur Folge gehabt. Beispielsweise wurde die Chemiefabrik Ittehad unter der Regierung der Pakistani Peoples Party (Pakistanische Volkspartei; PPP) privatisiert. Von den damals 2600 Beschäftigten erhielten nur 30 einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die restlichen ArbeiterInnen wurden entlassen und entweder mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen – dementsprechend ohne wirkliche Arbeitsrechte – wieder eingestellt oder durch KontraktarbeiterInnen ersetzt. Zwar gelang es der dortigen Gewerkschaft, die Zahl der permanent beschäftigten ArbeiterInnen innerhalb von sechs Jahren auf 284 anzuheben, allerdings sind derartige Erfolge aktuell eine Ausnahme. Dennoch beweist es, dass selbst im Privatsektor Gewerkschaften existieren, die Teilerfolge erringen können.

Das pakistanische Kontraktsystem, insbesondere in der Heimarbeitsindustrie, enthält viele Merkmale des Verlagssystems und der Heimarbeit/Hausarbeit in der frühkapitalistischen Entwicklung Europas, wie Marx sie im Kapital beschreibt. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um eine Hinterlassenschaft früherer, weniger entwickelter Produktionsverhältnisse, die allmählich verschwinden würden, wie manche glauben. Im Gegenteil, die heutige Form des Verlagssystems und andere „ältere“ Formen der Ausbeutung wurden auf Betreiben imperialistischen Monopolkapitals eingeführt und dehnen sich aus. Sie werden von (Sub-)Unternehmen angewandt,

die

wiederum an größere Kapitale im Bereich Textilien und Einzelhandel gebunden sind, die das gesamte System finanzieren und leiten.

Dieses System beinhaltet durchaus traditionelle

Formen der sozialen Unterdrückung, von der Frauenunterdrückung, über vorkapitalistische Formen der Ausbeutung wie unfreie Arbeit, Schuldknechtschaft etc., bis hin zur Unterdrückung nationaler und religiöser Minderheiten, die zum Teil Jahrhunderte zurückreichen. Dennoch sollten RevolutionärInnen und ArbeiteraktivistInnen verstehen, dass diese Elemente durch den Monopolkapitalismus aufgegriffen und erzwungen werden. Sie reproduzieren somit

die imperialistische Aufteilung des Weltmarktes und sie liefern an globale Produktionsketten. Dies ist besonders wichtig, da Liberale sowie sozialdemokratische und stalinistische ReformistInnen diese rückständigen Formen als Überbleibsel vorkapitalistischer Ausbeutung und des Patriarchats verstehen, die durch die Einführung sozialer Reformen und Arbeitsregulierungen wie im Westen überwunden werden könnten.

In Wahrheit kann die Zunahme dieser

Verhältnisse nur im Zusammenhang mit der imperialistischen, d. h. der gegenwärtigen globalen Weltordnung verstanden werden, auch wenn informeller Sektor und Verlagssystem traditionelle Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden

verwenden. Die Erfordernisse des Imperialismus bilden den Kern für die Ausdehnung des „informellen“ Sektors, die Einsetzung des Verlagssystems und die

Erzwingung und Verschärfung von Frauenunterdrückung und Kinderarbeit.

Daher muss der Kampf für

ArbeiterInnenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter, Nationalitäten und Religionen aller ArbeiterInnen mit dem Kampf gegen imperialistische Ausbeutung Pakistans verbunden werden.

Natürlich ist die ArbeiterInnenklasse

Pakistans nicht auf den informellen Sektor beschränkt. In Privatindustrie und -gewerbe, in kleinen Betrieben sind ArbeiterInnen im Allgemeinen unorganisiert, aber selbst in größeren Betrieben ist ihr Organisationsgrad sehr niedrig. Die Gründe dafür sind jedoch andere als in Kleinindustrie und Handwerk. Sie sind das Ergebnis von Niederlagen, die auf die historische, dramatische Zerschlagung der linken, recht militanten Gewerkschaftsbewegung unter Zias Diktatur ab den 1970ern und auf die Durchsetzung neoliberaler Reformen nach dem Kalten Krieg zurückgehen.

Generell sind ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor besser organisiert als in der Privatwirtschaft. Und trotz neoliberaler Reformen und Privatisierungen gibt es nach wie vor wichtige Unternehmen wie die Fluggesellschaft PIA (Pakistan International Airlines), Energieunternehmen, die Bahn und Teile des Gesundheitssektors, die sich nach wie vor in staatlichem Besitz befinden. Einige dieser Belegschaften sind relativ militant, verfügen über eine starke Stellung in der Wirtschaft und genießen Unterstützung aus der Bevölkerung wie beispielsweise die ArbeiterInnen im Gesundheitsbereich.

Gewerkschaften und Arbeitsgesetze

Während es schwer ist, genaue Zahlen zu erheben, befindet sich die deutliche Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst. Insgesamt ist die Gewerkschaftsdichte jedoch sehr niedrig und das nicht nur aufgrund des beinahe vollkommen unorganisierten informellen Sektors. Eine Erhebung von 2007 ergab, dass 1,3 Millionen ArbeiterInnen Mitglied einer Gewerkschaft sind. Während gesagt werden muss, dass diese Studie nur „anerkannte Gewerkschaften“ berücksichtigte und bedeutende Organisationen wie die LQM ausgeschlossen waren, sind dennoch nur rund 2 Prozent der pakistanischen Arbeitskräfte

gewerkschaftlich organisiert. Weiterhin ist nur ein Teil davon durch kollektive Gehaltsvereinbarungen abgesichert. 2007 waren es nur 800.000 von den 1,3 Millionen. Diese Zahlen variieren deutlich, je nachdem, auf welche Quellen man sich bezieht. Doch es unterliegt keinem Zweifel, dass abgesehen von wenigen Branchen und Unternehmen die Gewerkschaften im Land klein, fragmentiert und viele von ihnen nicht einmal offiziell anerkannt sind. Viele werden nicht als Verhandlungs„partnerinnen“ akzeptiert und die meisten sind tatsächlich zu schwach, sich als solche durchzusetzen.

Während im informellen Sektor kaum Gewerkschaften zu finden sind, sind anerkannte Gewerkschaften in der Privatwirtschaft tendenziell oft von den Unternehmen, in denen sie operieren, selbst gegründet. Sie sind „gelbe Gewerkschaften“ an den Fäden der UnternehmerInnen, mit dem Zweck, andere Gewerkschaften im Betrieb zu bekämpfen oder deren Gründung ganz zu verhindern. Falls diese nicht verhindert werden kann, versuchen die Unternehmen durch die „gelben Gewerkschaften“ die Betriebswahlen der ArbeiterInnen zu gewinnen. In den schlimmsten Fällen waren derartige Gewerkschaften oder ihre FührerInnen selbst bei der Einstellung von prekär Beschäftigten beteiligt. Sie agieren dementsprechend als Teil des Verlagssystems.

Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht nur durch ihre geringe Mitgliederzahl und die Einbindung derartiger Unternehmengewerkschaften geschwächt, sie ist auch sehr zersplittert. Es gibt insgesamt rund 8.000, meist sehr kleine Gewerkschaften und 28 Verbände. Aufgrund der geringen Größe und fehlenden Verhandlungsmacht sind nur rund 2.500 Einzelgewerkschaften tatsächlich in der Lage, Löhne und Arbeitsverhältnisse mittels anerkannter Tarifverträge auszuhandeln.

Verglichen mit den 1970er und auch den 1980er Jahren kann man einen deutlichen Rückgang des Organisationsgrads feststellen.

Zwar ist die Zahl der insgesamt gewerkschaftlich Organisierten in einigen Sektoren gestiegen, dies muss jedoch in Relation zu einer bedeutend größeren GesamtarbeiterInnenklasse als in den 1960er und 1970er Jahren gesehen werden. In wichtigen Zweigen hingegen ist der Organisationsgrad aufgrund von Privatisierung und Verkleinerung der Belegschaften in solchen Firmen zurückgegangen. Die Arbeitskräftezahlen privatisierter Industrieunternehmen sind von 90.000 (1991) auf 29.000 (2002), im gleichen Zeitraum bei Bank- und Finanzinstituten von 100.000 auf 71.000, in der Elektrizitätswirtschaft von 165.000 auf 130.000 und in der Telekommunikation von 66.000 (2007) auf 15.000 (2016) mit weiteren 7.000 in den kommenden Monaten hier bedrohten Arbeitsplätzen zurückgegangen.

Ein

weiteres Problem neben der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung sind die Arbeitsgesetze und die Reglementierungen der Gewerkschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten eingeführt worden sind und die die ArbeiterInnenrechte

immer stärker einschränken. In einer Reihe von Bereichen, insbesondere der Landwirtschaft, ist gewerkschaftliche Organisation praktisch verboten. Dies trifft ebenfalls auf weite Bereiche des öffentlichen Dienstes, des Gesundheits- und Bildungswesens, auf Freihandelszonen und natürlich die Wirtschaftsbetriebe der Armee zu. Das bedeutet keinesfalls, dass es hier keine Auseinandersetzungen gibt. Aber sie finden unter Bedingungen statt, in denen selbst geringste Arbeitsrechte nicht gewährleistet sind.

Diese

reaktionären Gesetze verleihen den Regierungen, der nationalen wie den regionalen, die Macht, die Dauer von Streikaktionen zu beschränken und die Anerkennung zu verweigern. Streiks können für illegal erklärt werden, wenn sie vorgeblich

die öffentliche Ordnung gefährden oder öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung einschränken. Zusätzlich können sie zum Ziel der „Anti-Terror-Gesetze“ und damit verbundener Bestimmungen werden, die es der Regierung erlauben, widerständige öffentliche Beschäftigte zu entlassen oder in andere Landesteile zu versetzen.

GewerkschafterInnen

und ArbeiterInnen besonders im öffentlichen Sektor sehen sich darüber hinaus außerordentlicher Repression über den Jobverlust hinaus ausgesetzt, die von Einschüchterung zu physischen Übergriffen selbst mit Todesdrohungen reichen, falls sie ökonomische Kämpfe führen. Die Repression ist jedoch besonders hoch, wenn sie sich in politischer Solidarität mit den national Unterdrückten oder den Opfern staatlicher Kriegstreiberei engagieren. Die Streikaktionen bei der PIA im Jahr 2016 haben gezeigt, dass selbst elementare Gewerkschaftsaktivitäten und Aktionen wie Streiks gegen die Privatisierung ihrer Fluggesellschaft dazu führen können, dass ArbeiterInnen durch Paramilitärs oder staatliche Kräfte getötet werden. Unternehmen im privaten Sektor hingegen greifen auf den Einsatz von GangsterInnen zurück, um ArbeiterInnen einzuschüchtern und sie davon abzuhalten sich zu organisieren. Im Fall der LQM taten sich Staat und Bosse ganz direkt zusammen, um zentrale FührerInnen für Jahrzehnte ins Gefängnis zu bringen mit dem klaren Ziel, ganze ArbeiterInnenorganisationen dadurch zu zerstören.

Dieses

System direkter und gewaltsamer Unterdrückung wird durch eine Reihe anderer Mechanismen ergänzt. Einerseits sind die Einbindung von GewerkschaftsfunktionärInnen und -führerInnen durch Einschüchterung, aber auch Bestechung und simple Korruption zu nennen. Auch die systematische Einbindung in Institutionen der Klassenzusammenarbeit wie das dreiteilige Absprachesystem oder gemeinsame Kampagnen für „islamische Werte“, damit sich ArbeiterInnen und Bosse mit „Respekt“ begegnen, kommen zu Anwendung. Letztere sind jedoch bisher nicht sehr entwickelt. Während die pakistanischen Gewerkschaften schwach und zersplittert sind und die ArbeiterInnenaristokratie klein ist, gibt es dennoch eine erhebliche Zahl von GewerkschaftsführerInnen, die ihre eigenen Interessen vor jene ihrer Basis stellen. So gibt es auch in Pakistan eine, wenn auch kleine bürokratische und zur Zusammenarbeit bereite Schicht, die bedeutenden Einfluss ausübt und trotz

ihres geringen Umfangs die meisten Gewerkschaften kontrolliert. Privilegien entspringen jedoch meist nicht institutionell festgelegten höheren Löhnen, sondern „kleineren“ Nebeneinkünften wie einem Auto oder Büro und natürlich noch wirksamer mehr oder weniger offener Bestechung und Korruption. Der Kampf darum, diese parasitäre Kaste ihrer Vereinnahmung der Gewerkschaften zu berauben, ist ein zentraler Bestandteil in der Wiederbelebung der bestehenden Gewerkschaften sowie der Schaffung neuer, um bisher unorganisierte Schichten zu erreichen.

Gewerkschaften und Politik

Die Niederlagen der Gewerkschaften in den 1970ern und 1980ern haben zu einer massiven Schwächung der Gewerkschaften im Privatsektor geführt, die die Hochburg der (radikalen) Linken gewesen sind, oft von MaoistInnen oder moskautreuen StalinistInnen. Der Bedeutungsverlust dieser Gewerkschaften und die damit verbundene Desorientierung haben nicht nur die gesamte Gewerkschaftsbewegung geschwächt, sondern auch den Einfluss der Linken innerhalb der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor sind traditionell stärker an den Staat gebunden und politisch „neutral“ oder „unpolitisch“. Sie waren auch nicht in demselben Maß von Einflussverlust betroffen. Sie geraten aber zunehmend unter Druck, wie man anhand der Beispiele von PIA, Bahn und WAPDA sehen kann. Trotz Ausnahmen wie bei PIA und der Eisenbahn ist die Linke jedoch historisch schwach in diesem Bereich aufgestellt. Dies ist nicht nur die Folge der Repression durch den Staat,

sondern auch, weil insbesondere maoistische Organisationen alle Gewerkschaften in diesem Bereich als „reaktionär“ und „gelb“ charakterisierten. Sie forderten diese Gewerkschaften zu Spaltungen auf und traten für den Aufbau „roter Gewerkschaften“ ein. Diese verspätete Version der Politik der „Dritten Periode“ hat, wie üblich, tatsächlich dem Staat und der Gewerkschaftsbürokratie in die Hände gespielt, die nach wie vor „ihre“ Gewerkschaften kontrollieren – frei von organisierter linker Opposition. Heute sind viele dieser vermeintlich „gelben“ Gewerkschaften von Staatsangriffen betroffen und daher dazu gezwungen, zumindest begrenzte Kämpfe zu führen.

Gerade in diesen Bereichen konnte eine gewisse Organisationsstärke beibehalten werden. Der öffentliche Dienst stellt den größten Teil des „formellen Sektors“ der Wirtschaft. Hier gibt es kollektive Verhandlungen, einen gewissen Arbeitsschutz und eine höhere Arbeitsplatzsicherheit. Er ist aber auch der Ort, an dem die ArbeiterInnenbürokratie ihre Stütze findet. Hier gibt es auch in einem begrenzten Rahmen so etwas wie Sozialpartnerschaft. Eine Reihe von gemeinsamen Dreiergremien (Tripartite) aus Staat, KapitalistInnen und Belegschaft wie die Dreiparteienarbeitskonferenz, Komitees zur Festsetzung des Mindestlohns auf Provinzebene, das Nationalkomitee für Kinderrechte und das Nationale Führungsgremium für unfreie Arbeit sowie parlamentarische oder ministerielle Gremien wie der „Sozialfonds“ beinhalten alle GewerkschaftsrepräsentantInnen.

Während die meisten Gewerkschaften formal „unpolitisch“ sind, pflegen sie oder zumindest ihre Führungen oft enge Beziehungen zu – allgemein gesprochen – bürgerlichen politischen Parteien. Das kann durch enge persönliche Verbindungen der FührerInnen, durch Mitgliedschaft in einer der Vorfeldorganisationen für ArbeiterInnen einer der Parteien oder am wahrscheinlichsten durch die Unterstützung der jeweils regierenden Partei oder jener, die am wahrscheinlichsten die nächste Wahl in einem bestimmten Bezirke gewinnen wird,

erfolgen.

Ob eine Gewerkschaft eine Partei unterstützt, und wenn ja - welche, ist durch die Führung oder den/die Vorsitzende/n bestimmt. Die Mitgliedschaft wird nicht befragt, wird in der Regel meist auch nicht informiert. Möglicherweise wissen die Mitglieder nicht einmal, welche politische Orientierung ihre Führung befürwortet. Das ist nur ein Aspekt fehlender Gewerkschaftsdemokratie und Basiskontrolle. Man kann sagen, dass die meisten GewerkschaftsführerInnen die Mitglieder als ihre AnhängerInnen statt als jene sehen, die das Sagen in der Gewerkschaft haben sollten. Daher existiert Demokratie, wenn überhaupt, nur auf einer formalen Ebene. Die meisten Mitglieder sind dementsprechend passiv und werden passiv gehalten. Aktive Teilhabe gibt es nur in Auseinandersetzungen selbst.

Zersplitterung, Schwäche

und Niederlagen haben zu einer Situation geführt, in der die AnführerInnen der größeren Gewerkschaften in Bereichen, in denen sie Apparate bilden und diese institutionell

an den Staat oder in seltenen Ausnahmen an Firmen binden können, aber auch die AnführerInnen

kleinerer Gewerkschaften diese als „ihr“ Eigentum begreifen. Auch wenn sie sich über reale Probleme von Spaltung und geringem Organisationsgrad beschweren, wollen sie dennoch „ihre Gewerkschaften“ nicht aufgeben. Genauer gesagt wollen sie ihre Posten nicht aufgeben und sehen daher Fusionen von Gewerkschaften als potentielle, wenn nicht sogar entscheidende Gefahren.

Die Tradition der Linken

ist unglücklicherweise nicht allzu verschieden von denen „gewöhnlicher“ GewerkschaftsfunktionärInnen. In von linken Organisationen geführten Gewerkschaften bringen ihre FührerInnen eine politische Orientierung ihrer Gewerkschaft auf eine linke Organisation zum Ausdruck, ohne ihre Basis zu befragen oder informieren. In diesem Sinne erklärte das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI, deutsche Sektion: SAV) einst, eine Konföderation von rund einer halben Million Mitgliedern sei „die Gewerkschaft

ihrer Sektion“, weil sie ihre Führung beanspruchte. Auch hier waren die Mitglieder über diese „Angliederung“ weder befragt noch informiert worden. Für die Arbeit und die Aktionen der Gewerkschaft machte die Angliederung praktisch keinen Unterschied.

Dies spiegelt einen weitverbreiteten Fehler vieler Gruppen der pakistanischen Linken wider. Sie folgen oft tragischerweise, öfter jedoch als Farce den Traditionen des „roten GewerkschafterInnentums“ der ultralinken „Dritten Periode“ unter Stalin. Unglücklicherweise missverstehen auch Organisationen trotzkistischen Ursprungs diese Politik als „kommunistische Tradition“. Tatsächlich stellt sie eine Abweichung von den revolutionären Positionen der ersten vier Kongresse der Kommunistischen Internationale dar.

Weite Teile der pakistanischen Linken lehnen einerseits den Kampf für vereinte, demokratische und klassenkämpferische Branchengewerkschaften, die alle ArbeiterInnen einer Industrie oder Branche umfassen und wiederum in einer nationalen Konföderation aller Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, ab. Andererseits ist ihr Eintreten für „rotes“ oder „politisches GewerkschafterInnentum“ politisch hohl. Was sie in diesem Kontext als „politisch“ bezeichnen, ist nicht mehr als die formale (und manchmal von den Mitgliedern verheimlichte) Angliederung an eine politische Partei. Was jedoch vollkommen fehlt, ist eine Auseinandersetzung, um die Gewerkschaften für ein politisches Programm zu gewinnen, das die Begrenzungen „reinen GewerkschafterInnentums“ aufhebt. Dafür braucht es jedoch eine Politisierung der Aktivität und Arbeit der Gewerkschaften, die Hebung des politischen Bewusstseins ihrer Mitglieder und Förderung der Eigenaktivität der Klasse.

Wenn man sowohl das Verhältnis zwischen Basis und Führung als auch die gewerkschaftlichen Aktionen

der „linken“ mit denen der „rechten“ Gewerkschaften vergleicht, sind Unterschiede oft schwer auszumachen. Das ist die denkbar schlimmste Verurteilung für die „linke“

GewerkschaftsführerInnen in Pakistan. Sie agieren rein routinemäßig, beschränken „ihre“ Gewerkschaften auf rein ökonomische Kämpfe und Themen und

vermeiden politische Klassenkämpfe. Solidarität mit anderen ArbeiterInnen drückt sich nur selten in mehr als Worten oder symbolischen Aktionen aus – wenn überhaupt. Eine derartige Herangehensweise führt nicht zu „linken“ oder „sozialistischen“ Gewerkschaften, mit welcher politischen Organisation die Gewerkschaft auch immer verbunden sein mag. Sie reproduziert nur das Modell des

letztlich bürgerlichen GewerkschafterInnentums und die Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf.

Die monopolisierte Kontrolle der FührerInnen, die die Basis auf „AnhänglerInnen“ reduziert, ist ein weiterer Ausdruck dessen. Eine derartige Herangehensweise reproduziert Passivität und politische Rückständigkeit unter den ArbeiterInnen. Wenn die herrschende Klasse soziale, politische oder ideologische Angriffe durchführt, sind sie zwangsläufig isoliert und individualisiert. Das spiegelt sich im Besonderen im Umgang mit sozialer Unterdrückung wider. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gibt es weitverbreitete Ignoranz oder gar offen reaktionäre Positionen zur gesellschaftlichen Unterdrückung von Frauen, Jugendlichen, nationalen und religiösen Minderheiten. Auch in der Kriegsfrage, den Positionen zu Imperialismus und demokratischen Rechten gibt es erhebliche Schwächen.

Eine zentrale Schwäche der Linken zeigt sich nicht nur in der Unfähigkeit, die Unorganisierten zu organisieren sowie die Gewerkschaften auf einer demokratischen und klassenkämpferischen Basis zu vereinigen, sondern vor allem darin, sich für den Aufbau einer Massenpartei der ArbeiterInnenklasse einzusetzen. RevolutionärInnen sollten sich das zum Ziel in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, in den Städten und auf dem Land nehmen. Gerade die Gewerkschaften sollten eine zentrale Rolle in der Formierung einer solchen Partei spielen. Das Versagen der AWP dabei ist ein entscheidender Grund für ihr

Stagnieren, ja ihr Schrumpfen seit ihrer Gründung. Daher bleibt sie bis heute kaum mehr als die Fusion dreier linker Organisationen, die die Führungsposten untereinander aufgeteilt haben. Sie ist deshalb nicht in der Lage, als ernsthafter Sammelpunkt für ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und ganze Gewerkschaften zu wirken, die nach einer von den bürgerlichen Parteien Pakistanische Muslimliga-Nawaz (PML-N), Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit (PTI) oder Pakistanische Volkspartei (PPP) unabhängigen ArbeiterInnenpartei Ausschau halten.

Die Gewerkschaftsbewegung wiederbeleben

Das Fehlen einer ArbeiterInnenpartei ist selbst ein wichtiger Grund für die Schwäche der Gewerkschaften des Landes. In Anbetracht der enormen politischen und sozialen Hindernisse, die der Arbeiterinnenklasse bei dieser Aufgabe bevorstehen, sowie dem repressiven Charakter des Staates muss uns klar sein, dass die gewerkschaftliche Organisation vieler bisher Unorganisierter selbst eine politische Aufgabe ist. Es ist ein Fehlschluss anzunehmen, dass eine neue ArbeiterInnenpartei als Ergebnis des erfolgreichen Aufbaus neuer oder der Wiederbelebung alter Gewerkschaften entstehen wird. Tatsächlich stellt die aktuelle Lage die Aufgabe andersherum. Der Aufbau von kämpfenden Massengewerkschaften und die Organisation bisher unorganisierter Schichten erfordert die Anleitung einer politischen Partei.

Die besonders schweren Bedingungen, denen sich die ArbeiterInnenklasse ausgesetzt sieht, sind selbst ein Ausdruck der krisenhaften und halbkolonialen Natur des pakistanischen Kapitalismus. GewerkschafterInnen und ArbeiteraktivistInnen, die Gewerkschaften an ihrem Arbeitsplatz oder in ihrer Branche aufbauen wollen, müssen dies in der Entwicklung ihrer Strategien anerkennen. Jede Beschränkung auf „reines“ GewerkschafterInnentum würde im besten Falle nur die Fehler der bestehenden Gewerkschaften und ihrer Vorstände

wiederholen. Entweder würde es zu ultralinken Tendenzen und der Formierung „roter Gewerkschaften“, die andere Sektoren unberührt lassen, oder zu einem ökonomistischen Schema führen. Letzteres würde bedeuten, die Gewerkschaften „unpolitisch“ zu halten, die Notwendigkeit einer ArbeiterInnenpartei abzulehnen, die unabhängig von den Parteien der Bosse die Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung als Schlüsselinstitution vorantreibt.

Revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit muss als Aspekt des Klassenkampfes der gesamten ArbeiterInnenklasse begriffen werden. Das Ziel dieser Arbeit ist daher auch, die Begrenzung reinen GewerkschafterInnenentums zu überwinden. Das darf natürlich keinesfalls bedeuten, unmittelbare Forderungen der Arbeitenden zu vernachlässigen und dem Kampf für Reformen sowie begrenzte Verbesserungen den Rücken zu kehren. Es bedeutet jedoch, diese Kämpfe bewusst in eine weitere Perspektive, eine sozialistische Strategie für die Befreiung der gesamten ArbeiterInnenklasse, den Kampf für die sozialistische Revolution in Pakistan einzubetten.

Um die Schwäche und Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, braucht es zuerst ihre gemeinsamen Aktionen. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Rücknahme aller Gesetze gegen die Aktivitäten der ArbeiterInnenklasse oder der Gewerkschaften durch den Staat! Es braucht eine vereinte, politische Kampagne aller Gewerkschaften und ArbeiterInnenorganisationen (linke Parteien, Initiativen etc.), um dies zu verwirklichen.

Jeder Bereichskampf, sogar jeder Versuch, ArbeiterInnen gewerkschaftlich zu organisieren, trifft schnell auf die Grenzen dieser reaktionären Gesetze, auf Klagen, Schikanen, Einschüchterung, kleinere Übergriffe sowie den Einsatz von Polizei und Sicherheitskräften, die ArbeiterInnen zusammenschlagen oder töten. Jede Initiative ist mit diesen Problemen konfrontiert, aber sie können nicht auf Betriebs- oder gar Branchenebene gelöst werden. Nur eine politische Massenauseinandersetzung, die

in den Betrieben und Gewerkschaften ihre Wurzeln hat, könnte sich dem durch Großdemonstrationen, Streikposten, Sitzblockaden und dem Mittel des politischen Streiks entgegenstellen.

Gleichzeitig wirft diese wie andere Forderungen der ArbeiterInnen das Problem der Organisierung der Masse der Unorganisierten auf. Trotz oder zeitweise wegen der feindlichen Bedingungen haben die GewerkschaftsführerInnen den informellen Sektor“, das Kontraktsystem und LandarbeiterInnen im Allgemeinen vernachlässigt. Auch sind Sexismus und patriarchale Ignoranz weitverbreitet. Frauenunterdrückung wird nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in den Gewerkschaften reproduziert. Das Gleiche gilt für die Jugend, die zunehmende Bedeutung in einem Land gewinnt, wo sie einen wachsenden Teil der (arbeitenden) Bevölkerung darstellt.

Das Ringen um Erhöhung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen muss deshalb mit einer Kampagne Hand in Hand gehen, die Gewerkschaften für alle ArbeiterInnenschichten zu öffnen und neue in zuvor unorganisierten Sektoren zu gründen. Alle sozial Unterdrückten - Frauen, Jugendliche, nationale Minderheiten - müssen über ein Recht auf gesonderte Treffen (Caucuses) innerhalb dieser Organisationen verfügen. Dieses Recht gilt, wo sie Probleme von Sexismus, Übergriffen, Diskriminierung, nationaler oder Jugendunterdrückung sowie religiösen Sektierertums ansprechen können. So können die Gewerkschaften und andere ArbeiterInnenschichten vorwärtsgetrieben werden, um ihren Kampf zu unterstützen, die volle Beteiligung aller dadurch zu gewährleisten und diese Formen diskriminierenden Verhaltens in der Bewegung selbst zu bekämpfen.

Wir schlagen die engste Kooperation zwischen den Gewerkschaften

für diese Aufgabe vor. Diese sollte jedoch nicht nur zwischen den Führungen bestehen, sondern auch die Basis über gemeinsame Treffen, an denen auch unorganisierte ArbeiterInnen, die sich engagieren wollen, einbeziehen. Kampagnen, die sich auf die Bildung gemeinsamer Aktionskomitees stützen, könnten nicht nur den Boden für die Schaffung neuer, sondern auch die demokratische und kämpferische Vereinigung bestehender Gewerkschaften voranbringen.

Die Kampagne zur Organisierung der Unorganisierten muss Hand in Hand mit einer zwecks Vereinigung bestehender Gewerkschaften auf demokratischer Klassenkampfgrundlage gehen. Die Führung muss durch ihre Mitglieder gewählt werden. Sie muss nach unten rechenschaftspflichtig und von unten abwählbar sein. Die Führung sollte den Entscheidungen jener folgen, die sie repräsentiert.

So kann nicht nur auf beste Weise einem bürokratischen Führungsstil und bürokratischer Politik begegnet werden, sondern auch die Beteiligung einer breiteren Basis bewerkstelligt und damit das Selbstbewusstsein und politische Niveau der gesamten Mitgliedschaft gehoben werden. Dies ist in einem Land wie Pakistan von doppelter Wichtigkeit. Streiks, Besetzungen, jegliche Aktion der ArbeiterInnenklasse sind schnell der Repression durch Staat und reaktionäre Kräfte ausgesetzt. Um dem entgegenzutreten, braucht es ein Höchstmaß an Einheit unter den beteiligten ArbeiterInnen. Organisierte Streikposten und Selbstverteidigungsgruppen sind vonnöten. Diese bedürfen jedoch einer aktiven, sich selbst organisierenden ArbeiterInnenschaft in Betrieb und Branche sowie effektiver Solidaritätsaktionen seitens anderer Sektoren, um erfolgreich zu sein.

Für uns sind demokratische Gewerkschaften kein Widerspruch zu starken und entschlossenen Führungen im Kampf. Sie gewährleisten, dass die Führung für entschlossene ArbeiterInnenforderungen und nicht für halbherzige Kompromisse eintritt. Demokratische Gewerkschaften geben entschlossenen FunktionärInnen und KlassenkämpferInnen auch die Rückendeckung einer

zielstrebigen und solidarischen ArbeiterInnenbasis.

Aktuell schlagen wir nicht „nur“ einen gemeinsamen Kampf für Gewerkschaftsrechte und Rücknahme aller Anti-Gewerkschaftsgesetze vor. Wir legen hiermit auch ein Aktionsprogramm vor, um das wir unseren Kampf entwickeln, Gewerkschaften vereinigen und neue in bisher unorganisierten Sektoren schaffen wollen.

Schlüsselforderungen für die nächste Periode

Kampf dem Kontraktsystem!

- Für ein Verbot des Verlags- und Leiharbeitssystems sowie unfreier Arbeit und anderer Formen „informeller“ Beschäftigung. Alle Formen vorkapitalistischer Ausbeutung müssen abgeschafft werden.
- Alle ArbeiterInnen sollten anhand von Gewerkschaften abgeschlossenen Verträgen eingestellt werden, die von den Gewerkschaften und lokalen ArbeiterInnenkomitees überwacht werden. Anstatt der Bezahlung nach Stückraten und anderen derartigen Zahlungsformen sollte das Arbeitsverhältnis nach der Länge des Arbeitstages oder der Arbeitswoche bezahlt werden. Alle Löhne und Arbeitsbedingungen sollten unter Vereinbarungen mit der jeweiligen Gewerkschaft und den ArbeiterInnen eines Betriebs fallen. Diese Verträge müssen Mindestregeln festsetzen, so dass ArbeiterInnen unterhalb der in ihnen festgelegten Bedingungen nicht zur Anstellung genötigt werden können.

Für ein existenzsicherndes Gehalt für alle ArbeiterInnen

- Wir kämpfen für einen Mindestlohn, der in allen Provinzen, in Stadt und Land, für Frauen und Männer, jung und alt gilt sowie von den Gewerkschaften festgesetzt wird. Die Gewerkschaften müssen jede Form der ungleichen Bezahlung, die auf Geschlecht, Nationalität, Alter oder religiöser Zugehörigkeit beruht, bekämpfen.
- Wir treten für eine gleitende Skala der Löhne ein, die an steigende Lebenshaltungskosten der ArbeiterInnenklasse gebunden ist, um den Auswirkungen der Inflation entgegenzuwirken. Der prozentuale Anstieg der Löhne sollte von Komitees aus Frauen der ArbeiterInnenklasse und den Gewerkschaften bestehen. ArbeiterInnenkomitees am Arbeitsplatz und in der Gemeinde müssen die tatsächliche Erhöhung von Löhnen und die Durchsetzung des Mindestlohns kontrollieren.

Gleiche Löhne und Bedingungen für Frauen, Kampf ihrer Diskriminierung und Belästigung

- Frauen müssen den gleichen Lohn wie Männer für gleiche Arbeit erhalten. Das Gleiche gilt für Jugendliche. Kinderarbeit unter einem Mindestalter von 15 Jahren muss verboten werden. Frauen sollten nicht nur gleich bezahlt werden, sondern jeder Form ihrer Diskriminierung muss entgegengetreten werden. Frauen müssen den gleichen Zugang zu grundlegender Schulbildung und Berufsausbildung erhalten, damit sie nicht zu überwiegend ungelernter und schlecht bezahlter Arbeit gezwungen sind. Am Arbeitsplatz und in den Gemeinden soll es ganztägige, kostenlose und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und Kindergärten geben. Damit wäre ein erster Schritt getan, um die Doppelbelastung von Haus- und Erwerbsarbeit für Frauen zu reduzieren und die Hausarbeit selbst zu sozialisieren.

Sozialversicherung, Rente und

Krankengeld

- Alle ArbeiterInnen müssen freien Zugang zu Bildung und Ausbildung, zum Gesundheitswesen, zu Krankengeld und einer Rente haben, die es ihnen erlaubt, einen durchschnittlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Alle sollen einen Anspruch auf Mindesturlaub haben, der von der Arbeiterinnenbewegung festgelegt wird.
- Es bedarf massiver Besteuerung der KapitalistInnen, GrundbesitzerInnen und Superreichen, um die Verbesserung der öffentlichen Dienste, einschließlich eines breit angelegten Programms zur Ausbildung und Einstellung neuer LehrerInnen und Beschäftigter im Gesundheitswesen zu finanzieren.

Arbeitssicherheit

- Jedes Jahr werden tausende von ArbeiterInnen verletzt, dutzende, wenn nicht hunderte sterben aufgrund fehlender Sicherheitsbestimmungen und -standards am Arbeitsplatz. Daher braucht es ArbeiterInneninspektionen, die die Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz kontrollieren. Jene Arbeit„geber“Innen, die den Standards nicht entsprechen, müssen ohne Entschädigung enteignet und die verstaatlichten Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle geführt werden. Dasselbe gilt für jene Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, Flüsse in ArbeiterInnenvierteln vergiften und nicht einmal den bestehenden Umweltbestimmungen folgen. Auch sie sollen vor Gericht gebracht, enteignet und zur Entrichtung von Entschädigungen gezwungen werden.

Nein zu Privatisierungen, nein zum Internationalen Währungsfonds, für die Streichung aller Schulden

- Privatisierungen haben nicht nur zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Ausweitung des Verlags- und Leiharbeitssystems und dem Rückgang gewerkschaftlicher Organisation geführt. Sie haben auch eine Verschlechterung öffentlicher Dienste und höhere Preise für die Mehrheit der Bevölkerung bewirkt. Der Staat und die imperialistischen Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank etc.) fordern immer drakonischere Maßnahmen. Die ArbeiterInnenklasse muss dagegen in jedem Sektor vorgehen und für die Wiederverstaatlichung von privatisierten Industrien und Dienstleistungen ohne Entschädigung eintreten. Die Verbesserung bestehender Dienste muss auch hier durch die Besteuerung einheimischer wie ausländischer KapitalistInnen bezahlt werden.
- Die weitreichenden Privatisierungen und Beschneidungen von Arbeitsrechten in Pakistan sind nicht nur ein Resultat der Krise und der Interessen der heimischen herrschenden Klasse, sondern auch des ausländischen Kapitals und der imperialistischen Institutionen. Daher kämpfen wir für die Streichung aller Auslandsschulden und die Rücknahme aller unter imperialistischen Konditionen diktierten Verträge, die dem Zweck dienen, Privatisierungen oder reaktionäre Arbeitsgesetze durchzusetzen.

Ein Programm öffentlicher nützlicher Arbeiten, ein Wirtschaftsplan im Interesse der Massen

- Die ökonomische, soziale und ökologische Krise des Landes, die Widersprüche zwischen Stadt und Land etc. kann nicht der Markt überwinden. Die Vorstellung, sie könnten auf solche Weise gelöst werden, ist utopisch.
- Die Gewerkschaften sollten ein Programm öffentlicher Arbeiten fordern, um die Infrastruktur, die Stromversorgung, den Zugang zu Wohnungen, sozialen Diensten, dem Gesundheits- und Bildungswesen zu verbessern.

Das würde nicht nur Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen, es wäre auch zu Gunsten der gesamten ArbeiterInnenklasse, der Bauern und Bäuerinnen sowie des KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten in Stadt und Land. Ein solches Programm kann allerdings nur unter Maßgabe der Verstaatlichung der Banken, Großindustrie und -unternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle durchgeführt werden.

- Unter ArbeiterInnenkontrolle, für die wir auf Schritt und Tritt auf allen Ebenen eintreten, verstehen wir jedoch nicht ein (reformiertes) System der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung, wie es in einigen Sektoren bereits drittelparitätisch (Staat, UnternehmerInnen, ArbeiterInnenbürokratie) existiert. ArbeiterInnenkontrolle bedeutet, dass die ArbeiterInnen - organisiert in Gewerkschaften und Komitees, gewählt von der Basis - die Entscheidungen der BesitzerInnen und des Managements kontrollieren. ArbeiterInnen können hier zu allen Entscheidungen ein Veto einlegen, die Geschäftspläne einsehen, Sicherheitsstandards, Verträge und die Geschäftsbücher überprüfen.
- Auch wenn ArbeiterInnenkontrolle in einzelnen Betrieben oder Branchen beginnen mag, beinhaltet sie doch immer eine Herausforderung an die Bosse und das Management, ihnen ihr „Recht“ über ihren Geschäftsbetrieb streitig zu machen. Daher kann sie nur zeitweilig sein. Sie wird entweder unter den Angriffen der Herrschenden eingehen, sich in Formen der Klassenzusammenarbeit institutionalisieren - oder aber sich verallgemeinern und mit dem Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems verbinden müssen, zur Zerschlagung des repressiven Staatsapparates und seiner Ersetzung durch ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenräte und für einen demokratischen Wirtschaftsplan, der die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen an erste Stelle rückt und die Produktion gemäß dieser anstatt nach Profitinteressen organisiert.

Für eine ArbeiterInnenpartei

- Dies ist nur ein Beispiel für die Notwendigkeit, den Kampf um bessere unmittelbare Lebensbedingungen, ArbeiterInnenrechte etc. innerhalb des kapitalistischen Systems mit dem für dessen Sturz zu verbinden. Dies zeigt: Gewerkschaften, für die wir streiten, sollten klassenkämpferische, demokratische und für alle ArbeiterInnen, unabhängig von jedweder politischen oder religiösen Überzeugung offene Organisationen sein (abgesehen von Offenheit für FaschistInnen). In ihnen ringen wir um eine revolutionäre Führung.
- Solche Gewerkschaften werden jedoch nur dann entstehen, wenn sich aktive, militante GewerkschafterInnen und alle ArbeiterInnen zusammenschließen, die nicht außerhalb der Politik stehen oder diese in den Händen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Parteien, seien sie „populistischer“, neoliberaler, islamistischer oder anderweitig arbeiterInnenfeindlicher Natur, belassen und ihre eigene Partei gründen wollen. Es muss eine Partei sein, die für den Aufbau von Massengewerkschaften eintritt, die mehr als nur rein ökonomische Kämpfe führen. Es bedarf einer Partei, die die Gewerkschaftsbewegung in den Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung (Frauen, Minderheiten etc.) einbringt, sich für demokratische Rechte einsetzt, gegen Krieg, Militärherrschaft und imperialistische Weltbeherrschung eintritt. Nur eine solche Partei kann die Auseinandersetzung mit dem jetzigen System mit dem Kampf für den internationalen Sozialismus verknüpfen.

Freiheit für Kaschmir!

Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1064, 9. August 2019

Am 5. August führten die indische rechte Regierung von Narendra Modi und

seine Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP) einen atemberaubenden Schlag gegen die Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung. Die Einführung des „Jammu-und-Kaschmir-Reorganisationsgesetzes“ 2019 ist nicht nur moralisch empörend, sondern auch verfassungswidrig.

Die formal teilautonome Provinz, die schon zuvor zu den am meisten militarisierten Regionen der Welt zählte, wurde vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Internet, Mobilfunk- und Festnetze wurden abgeschaltet. Selbst die lokale Polizei wurde entwaffnet. Stattdessen wurden mehr als zehntausend neue Spezialeinheiten in die Provinz geschickt. Die kaschmirischen PolitikerInnen, die bisher mit Indien zusammengearbeitet haben, wurden unter Hausarrest gestellt. Jene, die mehr Autonomie oder Unabhängigkeit wollen, wurden hinter Gitter gebracht. Öffentliche Einrichtungen und Schulen wurden geschlossen und eine Ausgangssperre verhängt.

Jugendliche und StudentInnen aus Jammu und Kaschmir, die in anderen Teilen Indiens oder in anderen Ländern arbeiten, leben und studieren, wurden von ihren FreundInnen und Familien in Kaschmir abgeschnitten.

Die Aufhebung des Artikels 370 der indischen Verfassung durch das Ober- und Unterhaus am 5. August bedeutet nichts anderes als eine vollständige Annexion von Jammu und Kaschmir. Es ist eindeutig eine Besetzung des Landes und seiner Ressourcen, bei der jedeR indische BürgerIn nun die Möglichkeit hat, Grundstücke im Staat zu kaufen, was zu einer Vertreibung der indigenen Kaschmiris führen kann. Darüber hinaus hat die Regierung die Teilung von Jammu und Kaschmir in zwei Unionsterritorien beschlossen - Jammu und Kaschmir einerseits und Ladakh andererseits.

Damit mobilisiert und stärkt sie die reaktionärsten und sektiererischen Teile der Gesellschaft. Wenn die BJP damit erfolgreich sein sollte, wird sich das sofort auf ganz Indien auswirken. Ein Tornado aus reaktionärer Propaganda, der durch das Land fegt, könnte bald Pogrome gegen ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere MuslimInnen, ermutigen. Tatsächlich kann davon ausgegangen

werden, dass die indische Regierung diese Karte in der Hoffnung spielt, dass dies den Kampf der ArbeiterInnenklasse angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme wie auch den der StudentInnen- und Frauenbewegung für demokratische Rechte schwächt, wenn nicht bricht. Die Implementierung einer Diktatur in Jammu und Kaschmir würde so zu einer Blaupause für Notstandsgesetze und militärische Sonderrechte in anderen Teilen des Landes werden.

Gleichzeitig befindet sich die indische Regierung in einer offenen Konfrontation mit Pakistan. Nicht nur ein weiterer Krieg droht, sondern, im schlimmsten Fall, ein nuklearer Vernichtungsschlag von einer oder beiden Seiten. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo der Handelskrieg zwischen China und den USA neue Höhen erreicht. In den Kampf um Kaschmir wie in jenen um die Kontrolle ganz Südasiens sind beide imperialistischen Mächte stark involviert.

Als SozialistInnen und KommunistInnen von beiden Seiten der Grenze, aus Pakistan und Indien, und innerhalb Deutschlands fordern wir die ArbeiterInnenbewegungen zur größtmöglichen Unterstützung ihrer indischen Klassengeschwister im Kampf gegen die reaktionäre Modi-Regierung und zur Unterstützung des kaschmirischen Volkes im Kampf gegen dessen Unterdrückung auf. Wir sind der

Meinung, dass eine solche Unterstützung folgende Forderungen umfassen sollte:

- Rücknahme des Gesetzes zur Reorganisation Jammus und Kashmirs und Rücknahme der Aufhebung von Artikel 370 durch Parlamente und Regierung!
- Abzug aller nicht-staatlichen, paramilitärischen und militärischen Besatzungstruppen aus Kaschmir - auf beiden Seiten der Grenze!

- Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen! Sofortige Aufhebung aller Einschränkungen demokratischer Rechte und Freiheiten!
- Für das Recht auf Selbstbestimmung des kaschmirischen Volkes und für eine verfassunggebende Versammlung für ganz Kaschmir, die über das Schicksal des Landes entscheidet!
- Keine Unterstützung für die reaktionären Regime von Imran Khan und Narendra Modi! Schluss mit den Waffengeschäften mit den beiden Ländern! Materielle und politische Unterstützung für die ArbeiterInnenbewegung in Kaschmir, Indien und Pakistan!

Informationen über Solidaritätsaktionen: [Stand with Kashmir](#)

Berlin: Solidaritätskundgebung, Samstag, 10. August, 14.00, Brandenburger Tor

**Pakistan: Solidarität mit der PTM!
Freiheit für Ali Wazir und allen politischen Gefangenen!**

Liga für die Fünfte Internationale, 26. Mai 2019, Infomail 1056, 26. Mai 2019

Nach wochenlanger hasserfüllter Hetze und fabrizierten Lügen gegen die Pashtun Tahafuz Movement (PTM; Bewegung zum Schutz der PaschtunInnen) hat das Militär die Situation am 26. Mai weiter verschärft, indem es ein Sit-in angegriffen, drei DemonstrantInnen getötet, 25 bis 45 verletzt sowie den Parlamentsabgeordneten Ali Wazir und sechs weitere Personen verhaftet hat. Die Liga für die Fünfte Internationale verurteilt diesen kriminellen Angriff auf die PTM und unterstützt die Bürgerrechtsbewegung und ihre demokratischen Forderungen bedingungslos.

Seit Samstag, den 25. Mai, hatten die BewohnerInnen der Stadt Miranshah in Nord-Wasiristan ein Sit-in veranstaltet, bei dem sie den Angriff auf eine ortsansässige Frau durch die Sicherheitskräfte verurteilten. Am Sonntagmorgen versuchten die Mitglieder der Nationalversammlung, Mohsin Dawar und Ali Wazir, und eine Gruppe von PTM-AnhängerInnen, sich dem friedlichen Protest anzuschließen. Ein Video, das seitdem viral geworden ist, zeigt, wie militärisches Personal an einem Kontrollpunkt versucht, friedliche BürgerInnen daran zu hindern, sich einer größeren Versammlung im Hintergrund anzuschließen.

Im Lichte des Videos, der gewaltfreien Proteste der PTM und ihrer AnführerInnen sowie der widersprüchlichen Aussagen der Inter-Services Public Relations (ISPR; Presseagentur des Militärs) des Militärs stellen wir fest, dass die Armee die Situation eskaliert hat. Kein/e SozialistIn, ja kein/e DemokratIn sollte auch nur einem Wort einer Aussage trauen, die von einer Institution kommt, die in den letzten Monaten eine Medienkampagne gegen die PTM gestartet hat.

Am 19. April hatte Premierminister Imran Khan die Bewegung verleumdet und behauptet, dass die Art und Weise, wie die PTM ihre Forderungen stellte, „nicht gut für das Land“ sei. Zwei Wochen später behauptete der ISPR-Direktor und Pressesprecher der Streitkräfte, Generalmajor Asif Ghafoor, dass

die PTM „anderen in die Hände spielt“ und drohte ihren UnterstützerInnen, dass „ihre Zeit abgelaufen ist“. Während die pakistanischen Medien die PTM und ihre Forderungen verschwiegen hatten und nur selten, wenn überhaupt, über große Proteste berichteten, waren sie bestrebt, diese Lügen zu verbreiten, davon zu berichten und so zur Herstellung einer Klimas beizutragen, das das derzeit laufende brutale Durchgreifen gegen die PTM legitimieren soll. Der Vorsitzende der Bewegung, Manzoor Pashteen, hat die Social-Media-Kampagne des ISPR in den letzten Wochen zu Recht als Mittel analysiert, um eine Atmosphäre zu schaffen, die den heutigen Angriff „rechtfertigen“ würde.

Wir bekräftigen unsere bedingungslose Unterstützung für die PTM und ihre Forderungen nach Minenräumung in den Stammesgebieten, nach einem Ende des repressiven Kontrollpunktsystems und der Praxis der außergerichtlichen Tötungen, des gewaltsamen Verschwinden-Lassens und der rechtswidrigen Inhaftierungen. Wir begrüßen die schnelle Reaktion der Awami Workers Party und anderer Gruppen der pakistanischen Linken. Wir stimmen der Forderung nach einem Abzug der Armee, einer sofortigen Aufhebung der derzeitigen Ausgangssperre und einer bestmöglichen medizinischen Versorgung der PTM-ArbeiterInnen zu. Wir fordern die unversehrte und unverzügliche Freilassung aller Demonstranten.

Darüber hinaus sollte eine von der lokalen Bevölkerung gewählte und vom Militär unabhängige Sonderkommission den Fall untersuchen, mit dem Recht auf unzensurierte Veröffentlichung der Ergebnisse in allen wichtigen Medien.

Schließlich schlagen wir ein Treffen der AnführerInnen der PTM, der Awami Workers Party, der Gewerkschaften, der Bewegung der

Studierenden, ja aller Organisationen vor, die sich darauf einigen wollen, eine gemeinsame Front gegen die Angriffe auf die demokratischen Rechte, den staatlichen Autoritarismus sowie die neoliberalen und arbeitertInnenfeindlichen Angriffe aufzubauen, die die Regierung nach dem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds durchführen will.

Das „Neue Pakistan“ des IWF

Shahzad Arshad, Revolutionary Socialist Movement Pakistan, Infomail 1055, 23. Mai 2019

Am 12. Mai

unterzeichnete die Regierung von Imran Khan mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Vertrag über Kredite in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar in den nächsten 39 Monaten. Darüber hinaus hofft Pakistan, von der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank zwischen 2 und 3 Milliarden Dollar an zinsgünstigen Darlehen zu erhalten. Der Pakt kommt nach dem Rücktritt

des ehemaligen Finanzministers Asad Umar, der durch den vom IWF unterstützten

Abdul Hafeez Shaikh ersetzt wurde. Reza Baqir, der eine wichtige Rolle für den IWF in Ägypten spielte und die enorme wirtschaftliche Verwerfung überwachte, wurde zum Gouverneur der Staatsbank ernannt, so dass nun dieser „Sohn des Bodens“ die Umsetzung der Politik des IWF zu Hause überwachen wird.

Das

Exekutivkomitee des IWF hat die Vereinbarung noch nicht besiegelt, und erst dann werden die Bedingungen der Vereinbarung klar werden, aber sicher ist, dass

Pakistan an die Bedingungen des IWF gebunden sein wird, und das weist auf viele potenzielle Gefahren hin, die der Vereinbarung zugrunde liegen. Das ist also die Realität von Khans „Naya Pakistan“ - dem „Neuen Pakistan“.

Neokolonialismus

Das Abkommen ist nach langen Verhandlungen in den letzten Monaten zustande gekommen, in denen auch die regierende Pakistan Tehreek-e-Insaf-Partei (PTI, Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit) ihr Aushängeschild Asad Umar opfern musste, indem ihm das Finanzministerium weggenommen wurde. Dann wurden hochrangige BeamtInnen des Finanzministeriums nicht in die Endphase der Verhandlungen einbezogen, was darauf hindeutet, dass alle Bedingungen des IWF in Wirklichkeit einfach in einem Ausverkaufspaket akzeptiert wurden. Auf jeden Fall ist die Art und Weise, wie dieses Abkommen hinter verschlossenen Türen unterzeichnet wurde, beschämend und steht im Widerspruch zur demokratischen Methode. Schließlich veranschaulicht die Art, wie das Land den globalen Wirtschaftsinstitutionen unterstellt ist, den halbkolonialen Charakter Pakistans.

Wirtschaft

Nach neuen IWF-Statistiken hat Pakistan eine Auslandsverschuldung in Höhe von 27 Milliarden Dollar, die es innerhalb der nächsten zwei Jahre zurückzahlen muss. Dies wäre die größte Rückzahlung in der Region in dieser Zeit. Neben der Schuldentilgung wird es jedoch auch in den nächsten zwei Jahren ein Leistungsbilanzdefizit geben, für das weitere geschätzte 20 Milliarden Dollar erforderlich wären. Das bedeutet, dass Pakistan in den nächsten zwei Jahren

eine Summe zwischen 46 und 50 Milliarden Dollar aufbringen müsste. Die angehäuften Verschuldung beträgt 77 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts. All dies verweist auf eine erschreckende Wirtschaftslage des Landes.

Opfer

Wenn die herrschende Klasse von Sparsamkeit spricht, bedeutet das einen großen Angriff auf die ArbeiterInnenklasse und die arme Bevölkerung in ländlichen und städtischen Gebieten, und so fordert Premierminister Imran Khan jetzt, dass sich das Volk den schwierigen Zeiten stellt und sich auf Opfer vorbereitet. Der IWF-Pakt stellt einen großen Angriff auf ArbeiterInnen und Mittelschichten dar. Während dieser Pakt in den kommenden Jahren den Lebensstil der Menschen bestimmen wird, war die Notwendigkeit, ihre Meinung zum Abkommen aufzugreifen, in dieser sogenannten Demokratie nicht spürbar.

Bedingungen

Eine der Bedingungen des IWF-Pakts ist, dass die Zinsen, die bereits bei 10,75 Prozent liegen, erhöht werden, möglicherweise bis auf 14 Prozent. Zum anderen werden die Regulierungsbehörden für Elektrizität, Öl und Gas, NEPRA und OGRA, staatsunabhängig gemacht, so dass die Regierung nicht für einen Preisanstieg verantwortlich gemacht wird, der in den nächsten drei Jahren zusätzliche 340 Milliarden Rupien einbringen wird. Ebenso wird die Besteuerung von Benzin, die bereits bei 40 Rupien pro Liter liegt, angehoben.

Der IWF hat auch eine Abwertung der Rupie gegenüber dem Dollar um 20 Prozent gefordert, was

den

Wechselkurs der Rupie auf 170:1 zum Dollar senkt. Ein führender Wirtschaftswissenschaftler,

Dr. Kaiser Bengali, sagt vorher, dass in der aktuellen Situation bis zum Jahresende ein Fall auf 200:1 möglich ist. Ein so drastischer Anstieg des Dollarkurses wird dazu führen, dass die Inflation, die bereits bei 10 Prozent liegt, zwangsläufig weiter steigen wird, so dass die Zukunft düster aussieht. Dennoch wird die Staatsbank nicht eingreifen, um die Rupie zu stützen.

Auch die

Privatisierung in großem Maßstab, einschließlich Krankenhäusern, steht auf dem Programm, und die Regierung hat sich ferner darauf geeinigt, das Haushaltsdefizit auf nur 0,6 Prozent des BIP zu senken. Das kann nur bedeuten, dass der Etat für Entwicklungsprojekte, Gesundheit und Bildung sowie Subventionen weiter gekürzt wird.

Im kommenden

Haushalt werden neue Steuern in Höhe von 750 Milliarden Rupien eingeführt.

Der

ehemalige Finanzminister Miftah Ismail hat gesagt, dass die Regierung Steuern in Höhe von 800 Milliarden Rupien erheben muss, um das Ziel zu erreichen, und angesichts der wachsenden Inflationsrate könnte diese Zahl auf 1 Billion Rupien steigen.

Soziale Krise

Laut einem

Regierungsbericht zeigen alle Sozialindikatoren, dass das nationale Wirtschaftswachstum den Tiefpunkt der letzten acht Jahre erreichen könnte. Ein Bericht des Nationalen Rechnungshofes vom 16. Juli besagt, dass das Wirtschaftswachstum Pakistans, das voraussichtlich 6,2 Prozent erreichen sollte, jetzt bei 3,3 Prozent liegen würde. Nach Auferlegung der Klauseln des

IWF kann die Wachstumsrate weiter auf 2,5 Prozent sinken. Laut Dr. Hafeez Ahmed

Pasha sind bisher rund 800.000 bis 1 Million Menschen aufgrund des langsamen Wirtschaftswachstums arbeitslos geworden, die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, hat sich um weitere 4 Millionen erhöht. Es wird erwartet, dass in den nächsten zwei Jahren weitere 8 Millionen Menschen in Armut fallen werden.

Neoliberalismus

Alle bisherigen

Rettungspakete des IWF und ihre neoliberalen Lösungen haben zu keiner langfristigen oder nachhaltigen Verbesserung der Konjunktur geführt. Das aktuelle Rettungspaket wird mit weiteren großen Privatisierungen, steigender Arbeitslosigkeit, zunehmender Armut und Inflation nicht anders ausfallen. Der IWF besteht darauf, dass seine Politik zwar unmittelbar dämpfende Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum hat, aber auch zu einer Verbesserung führt, wenn das Vertrauen der KapitalistInnen in die Wirtschaft wiederhergestellt wird.

Laut Dr. Akmal

Hussain, Dekan der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität für Informationstechnologie, deuten empirische Erkenntnisse jedoch auf etwas anderes hin, und Untersuchungsberichte haben deutlich gemacht, dass die Annahme des IWF falsch ist. Nach einem Bericht, der sich mit 130 Ländern befasste, die die Programme des IWF umgesetzt haben, wurde das Wirtschaftswachstum in allen Ländern negativ beeinflusst. Die Situation in Pakistan ist nicht anders. Wieder einmal werden die Menschen aufgefordert, im Namen der Volkswirtschaft Opfer zu bringen. Nichts davon wird jedoch etwas für die Menschen verbessern.

Was ist zu tun?

Im Moment kämpft

die gesamte bürgerliche Opposition für die Wahrung ihrer eigenen Interessen, wobei jeder Sektor versucht, die Regierung zu zwingen, einen Kompromiss zu seinem Vorteil einzugehen. Nur die ArbeiterInnenklasse, die arme Landbevölkerung und die städtischen Armen, die Bauern/Bäuerinnen und die unterdrückten Teile der Gesellschaft können sich die Hände reichen, um gegen den Tyrannenstaat und seine gesamte Politik zu kämpfen.

Im aktuellen

Szenario ist es umso wichtiger, den Kampf für demokratische Rechte mit dem gegen die ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie zu verbinden. Die jungen ÄrztInnen, SanitäterInnen und KrankenpflegerInnen haben einen mutigen Kampf gegen die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen geführt. Ein ähnlicher Kampf wurde kürzlich von den ArbeiterInnen der staatlichen Kette Utility Stores Corporation (USC: Läden für den Konsumgrundbedarf, die oft unter Preisen auf dem freien Markt verkaufen) gegen die Angriffe der herrschenden Klasse geführt. Nur der Klassenkampf kann den Staat zum Rückzug zwingen. In der heutigen Zeit ist es die Einheit der ArbeiterInnenklasse, die das Programm des IWF besiegen und die Regierung von Imran Khan hinwegfegen kann. Schließlich muss dieser Kampf in einen gegen das kapitalistische System selbst umgewandelt werden.

Forderungen

- Der Mindestlohn sollte ausreichen, um den ArbeiterInnen ein qualitativ hochwertiges Leben zu ermöglichen. Ihre Löhne sollten an die Inflation gekoppelt werden. Mit jedem 1-prozentigen Anstieg der Inflationsrate sollten die Löhne um 1 Prozent angehoben werden.
- Anstelle von Privatisierungen sollten staatliche Institutionen der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnenklasse überantwortet werden. Alle Einrichtungen, die nach der Privatisierung geschlossen wurden,

sollten unter Kontrolle der Arbeit,„nehmer“Innen wieder verstaatlicht werden. Die Institutionen, deren Management an den Privatsektor übergeben wurde, sollten der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnenklasse unterstellt werden, wodurch alle Arten von Privatisierung rückgängig gemacht werden.

- Anstatt Arbeitsplätze abzubauen, sollte die Arbeitszeit verkürzt werden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.
 - Die Haushalte für Bildung und Gesundheit sollten erhöht werden, indem eine Vermögenssteuer auf KapitalistInnen, GroßgrundbesitzerInnen, multinationale Unternehmen und andere reiche Teile der Gesellschaft erhoben wird. Danach sollten neue Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen aufgebaut werden.
 - Ein Ende aller Steuerbefreiungen für die KapitalistInnenklasse!
 - In der Landwirtschaft sollten Subventionen in großem Umfang eingeführt werden. Darüber hinaus sollte das Land von GroßgrundbesitzerInnen enteignet und an die Bauern/BäuerInnen und LandarbeiterInnen übergeben werden.
 - Der Haushalt für Entwicklungsprojekte muss in großem Umfang aufgestockt werden, damit soziale Einrichtungen und freie Wohnungen für die ArbeiterInnenklasse sowie die ländlichen und städtischen Armen gebaut werden können.
 - Unternehmen, die Strom produzieren, müssen vom Staat übernommen und der demokratischen Kontrolle der Arbeiterklasse unterstellt werden.
 - Die Ablehnung des IWF-Programms, einschließlich der Weigerung, die Schulden der globalen Wirtschaftsinstitutionen zurückzuzahlen, ist eine Voraussetzung für die geplante und ausgewogene Entwicklung der Wirtschaft. Aber dies kann niemals von einer dem Kapitalismus verpflichteten Regierung durchgeführt werden. Wir brauchen eine Regierung, die auf den eigenen Organisationen der ArbeiterInnen basiert, um mit der bestehenden katastrophalen Situation umzugehen und die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu verteidigen.
-

Pakistan: Asad Umars Rücktritt ebnet den Weg zu einer großen Wirtschaftsoffensive

Shahzad Arshad, Revolutionary Socialist Movement, Infomail 1054, 13. Mai 2019

Zu den wichtigsten Entwicklungen bei der Umbildung des pakistanischen Kabinetts am 18. April gehörten der Rücktritt Asad Umars als Finanzminister und die Ernennung des pensionierten Brigadegenerals Ijaz Shah zum Bundesminister für Inneres. Asad Umar war das Aushängeschild von

Imran Khans Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit, PTI). Die PTI präsentierte ihn als frischen Wind in der Politik und Premierminister Imran Khan behauptete gar, dass Asad Umar die Lösung für die Wirtschaftskrise in Pakistan verkörpere.

Asad Umar wurde schon vor Bildung der PTI-geführten Regierung im Schattenkabinetts als Finanzminister gehandelt. Jetzt wurde er durch Abdul Hafeez Shaikh ersetzt, der das Privatisierungsressort unter dem Regime des Militärdiktators Pervez Musharraf leitete und auch unter Asif Ali Zardari bereits Finanzminister war.

Das „ehrenwerte Gesicht“ ...

Imran Khan erklärte, dass gute Regierungsführung und ein Ende der Korruption alle Probleme Pakistans lösen könnten. Sein Team sei so hoch qualifiziert, dass es diese Versprechen, insbesondere im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, einhalten könne. Asad Umar war das ehrenwerte Gesicht dieses „Naya Pakistan“ (neues

Wirtschaftsprogramm) und seiner Versprechen, 10 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und 5 Millionen Häuser zu bauen. Viele weitere solch ambitionierter Ziele wurden formuliert. Tatsache ist jedoch, dass Umar trotz der unsicheren Situation und noch, bevor die PTI an die Macht kam und er das Amt des Finanzministers übernahm, angekündigt hatte, dass er zum Internationalen Währungsfonds (IWF) gehen würde.

Nachdem die von der PTI geführte Regierung die Macht übernommen hatte, wurde schnell klar, dass Imran Khans Beharren auf Einfachheit und Opferbereitschaft dazu führen sollte, die Kosten der Systemkrise von der herrschenden Klasse auf die Schultern der ArbeiterInnenklasse abzuwälzen. Vorgeblich zum Schutz der Interessen der Volkswirtschaft wurden brutale Angriffe auf die einfachen Leute verübt. Sie waren es, die durch steigende Inflation und Arbeitslosigkeit am meisten belastet wurden. Der Wert der Rupie wurde um 35 % gesenkt, Steuerbefreiungen in Milliardenhöhe wurden KapitalistInnen gewährt, während Entwicklungsprojekte weitgehend gestoppt wurden. Die Privatisierungspolitik wurde in „Vermögensfonds“ umbenannt, unter dem mehr als 200 Institute privatisiert werden sollen. Im Rahmen des gleichen Fonds wurde auch beschlossen, Zehntausenden von ArbeiterInnen ihre Stellen zu streichen. Es wurden Instruktionen erteilt, TagelöhnerInnen zu feuern.

Dennoch ist es der Regierung nicht gelungen, ihre Politik umzusetzen, da sich Tausende von ArbeiterInnen wehrten. Ihre brillante Demonstration von Widerstand gegen Entlassungen in den Versorgungsbetrieben und Privatisierung zwang die Regierung, vorerst davon Abstand zu nehmen. Obwohl Asad Umar und die von der PTI geführte Regierung den IWF vor der Machtübernahme abgelehnt haben, waren sie nun gezwungen, auf dessen Politik einzugehen.

... und die Krise

Die Blamage, mit der die Regierung derzeit konfrontiert ist, ist jedoch auch auf das imperialistische Tauziehen zwischen den USA und China zurückzuführen. Mit der zunehmenden Macht Chinas übt es immer mehr Einfluss aus, was aufgrund der bisherigen Verbindungen Pakistans zu den USA und ihrem militärischen Sicherheitsapparat zu Spannungen innerhalb der herrschenden Klasse des Landes führt. Diese internen Konflikte werden noch verschärft durch die Notwendigkeit, vom IWF ein Rettungspaket erbitten zu müssen. So zahlen die Armen und die ArbeiterInnenklasse Pakistans den Preis der globalen Finanzkrise und ihrer Widersprüche.

Die Wirtschaftskrise Pakistans beruht daher nicht nur auf dem Unvermögen der herrschenden Klasse des Landes. Sie wurzelt auch in der sich verschärfenden Krise des globalen Kapitalismus und der Position Pakistans als Halbkolonie, die das Land in den Bankrott geführt hat. Nach Angaben des IWF wird die Wachstumsrate Pakistans im nächsten Jahr auf 2,4 % sinken, während in diesem Jahr 1 Million Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und weitere 4 Millionen gezwungen sind, unterhalb der Armutsgrenze zu leben.

Aus diesem Grund nimmt die Popularität der PTI unter den einfachen Leuten ab, während die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Klasse in Bezug auf wirtschaftliche und politische Entscheidungsfindung zunehmen. In diesem Szenario offenbart der Rücktritt von Asad Umar zum einen die Verschärfung der Regierungskrise. Andererseits zeigen die Ernennungen von Abdul Hafeez Shaikh und dem pensionierten Brigadier Ijaz Shah deutlich die Einmischung des Repressions- und Beamtenapparates in die Regierungsgeschäfte. Diese fordern noch strengere Maßnahmen. Die Aufnahme von nicht gewählten BeraterInnen und TechnokratInnen in das Kabinett ist ein

Schritt in Richtung eines noch autoritäreren Systems. Erhöhte Befugnisse für den Regierungschef erlauben es ihm, jede/n seiner Wahl zum/r MinisterIn oder BeraterIn zu ernennen. Dies zeigt, dass die herrschende Klasse die Wirtschaftskrise nun für derart bedrohlich hält, dass sie nur durch diktatorische Maßnahmen gelöst werden kann.

Das ist sicherlich das, was Hafeez Shaikh meint, wenn er verlangt, dass ihm „freie Hand“ gewährt wird. Die PTI-geführte Regierung hatte diesen Prozess bereits eingeleitet, aber es gibt Widersprüche bei der Umsetzung. Wirtschaftlich befürwortet sie die gleiche Lösung, die IWF und Weltbank in den letzten drei Jahrzehnten vorgeschlagen haben: neoliberale Reformen, die bereits umgesetzt werden. Ihr Zweck ist es, optimale Rahmenbedingungen für die globalen kapitalistischen Klassen zu schaffen, die Ressourcen der halbkolonialen Staaten auszuplündern, wobei der lokalen herrschenden Klasse einige Brosamen zugestanden werden.

Dennoch bröckelt Pakistans Wirtschaft weiter, anstatt aus der Krise herauszukommen. In den letzten drei Jahrzehnten waren verschiedene AkteurInnen an diesem großen Spiel beteiligt. Alle paar Jahre wird im Namen der Volkswirtschaft das gleiche Spiel wieder aufgenommen und VerliererInnen sind abermals die ArbeiterInnen wie die Armen in Stadt und Land. Unabhängig davon, was die offiziellen Zahlen sagen, ändert sich für die ArbeiterInnenklasse und die einfachen Menschen nichts zum Besseren, im Gegenteil wird für die meisten Menschen das Leben noch schwieriger.

Die bürgerlich-populistische Regierung der PTI versprach, wie auch schon alle früheren Regierungen, die wirtschaftliche, soziale und politische Krise des Landes zu überwinden, für Wachstum und Investitionen zu sorgen und hoffte, die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse einzudämmen. Obwohl dieses Ergebnis alles andere als

sicher

ist, wie die jüngsten Regierungswechsel zeigen, ist klar, dass Angriffe auf ArbeiterInnen sowie auf demokratische Rechte einen wesentlichen Teil ihrer Politik ausmachen werden.

Die letzten Wochen haben bereits gezeigt, wie die Regierung und die herrschende Elite dies tun wollen. Die Pashtun Tahafuz Movement (PTM, Bewegung zur Verteidigung der PaschtunInnen) ist zum Ziel von Drohungen der Behörden geworden. Ihr wurde mit Eingreifen gedroht, falls sie ihre Kampagnen nicht beendet. Die verleumderischen Anschuldigungen, dass die PTM im Namen afghanischer und indischer GeldgeberInnen handelt, sollen den Boden für ein Durchgreifen im Namen der „Landesverteidigung“ bereiten und die nationalistische und chauvinistische Unterstützung dafür schüren.

Deshalb müssen die Linke und die ArbeiterInnenklasse zwar einen Plan für den Widerstand gegen die Politik Hafeez Shaikhs aufstellen, sie müssen sich aber gleichzeitig mit der Bewegung für demokratische Rechte zusammenschließen und einen gemeinsamen Kampf führen, damit die anstehenden Herausforderungen bewältigt werden können. Das bedeutet, dass der Kampf gegen imperialistische Widersprüche sowie die Krisen der pakistanischen herrschenden Klasse mit dem Kampf der ArbeiterInnenklasse gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Privatisierung verbunden werden müssen.

Nein zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan!

Revolutionary Socialist Movement, 3. März 2019, Infomail 1044, 5. März 2019

Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan erreichten Ende Februar dieses Jahres einen dramatischen Höhepunkt.

Am 26. Februar ließ die indische Luftwaffe verlauten, sie habe ein Trainingslager in Balakot in Pakistan angegriffen. Diese Luftschläge waren die ersten auf Ziele jenseits der Kontrolllinie, die seit dem Krieg zwischen den beiden Ländern im Jahr 1971 in die Wege geleitet wurden. Auf einer Pressekonferenz erklärte der indische Außenminister Vijay Gokhale, dass bei den Angriffen eine „große Anzahl“ von „militanten TerroristInnen“, darunter KommandantInnen, getötet und zivile Opfer vermieden worden wären.

Pakistan widersprach dieser Darstellung. Der Generaldirektor der „Inter Services Public-Relations (Presseagentur der Gesamtstreitkräfte)“ (ISPR) der militärischen Institutionen des Landes gab bekannt, dass „indische Flugzeuge aus dem Sektor Muzaffarabad eingedrungen seien. Angesichts der rechtzeitigen und wirksamen Reaktion der pakistanischen Luftwaffe haben sie auf der Flucht in Eile Last abgeworfen, die in der Nähe von Balakot fiel. Keine Verluste oder Schäden.“

Als Reaktion darauf schoss die pakistanische Luftwaffe zwei indische Flugzeuge im pakistanischen Luftraum ab. Eines der Flugzeuge stürzte in Asad Jammu und Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet in der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kaschmir) ab, das andere auf der

indischen Seite von Kaschmir. Ein Pilot wurde verhaftet.

Beide Seiten setzten ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft.

Eine weitere Eskalation zwischen den beiden atomar bewaffneten Regionalmächten

stellte eindeutig eine echte Bedrohung dar. Auch wenn die Regierungen und herrschenden Klassen einen Krieg nicht gewollt oder gar vermieden haben wollten, könnten das Aufkommen nationalistischer Rhetorik auf beiden Seiten, die gegenseitige Androhung von Vergeltungsmaßnahmen und die inneren Widersprüche, die beide Länder heimsuchen, zu einer weiteren Eskalation und einer Ausbreitung des Krieges weit über Kaschmir hinaus geführt haben. Die militärischen Auseinandersetzungen in der Grenzregion dauern an. Der Luftraum über Pakistan und Nordindien wurde für einige Tage für zivile Flüge gesperrt.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Ländern sind selbst ein deutlicher Ausdruck der aktuellen internationalen Situation und des Kampfes um eine Neuaufteilung der Welt. Vorerst wollen alle imperialistischen AkteurInnen der Welt, die USA, China, die EU und Russland, eine weitere Eskalation in dieser Region vermeiden, die eindeutig dramatische globale Folgen hätte. Russland bot der indischen Regierung eine Vermittlung an. China und Russland wollen natürlich aus wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen eine weitere Eskalation zwischen den beiden Staaten verhindern. Ebenso wollen die USA und die europäischen Mächte verhindern, dass die Spannungen außer Kontrolle geraten.

Diese Faktoren haben einen großen Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte in Indien und Pakistan. Aber wie der jüngste Konflikt gezeigt hat, sind sie bereit, mit dem Feuer zu spielen. Nicht zuletzt deshalb, weil die inneren Widersprüche in beiden Ländern den Nationalismus und damit die nationalistischen Bedrohungen zu einem fast klassischen Mittel machen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu sammeln und die Aufmerksamkeit von der inneren sozialen, politischen und wirtschaftlichen

Krise und dem Widerstand abzulenken. So kann zwar die unmittelbare Gefahr eines Krieges zwischen Indien und Pakistan für den Moment ausgeglichen werden, aber die Ursachen der Krise werden sich keineswegs in Luft auflösen.

Die wahren Opfer - das kaschmirische Volk

Die wahren Opfer des historischen Konflikts zwischen Pakistan und Indien und der zunehmenden Spannungen stellt eindeutig das kaschmirische Volk.

Der indische Staat täuscht die Welt (und seine eigene Bevölkerung), indem er die Wurzeln des Konflikts als eine zwischen einem „demokratischen Staat“ und „TerroristInnen“ darstellt, als ob der Selbstmordanschlag islamistischer Kräfte am 14. Februar ein Einzelfall wäre, der ohne Bezug auf die Besetzung Kaschmirs durch Indien seit der Teilung verstanden werden könnte.

Die indische Armee hat Kaschmir den Krieg aufgezwungen. Tausende von Kaschmiris wurden getötet, verletzt, sind verschwunden und verhaftet. Frauen und Männer wurden vergewaltigt und sexuell missbraucht. Gummigeschossgewehre wurden gegen DemonstrantInnen eingesetzt, die Kinder, Frauen und Jugendliche verletzen und erblinden lassen. Seit Jahrzehnten sind die Menschen mit der einschüchternden und terrorisierenden Präsenz der Waffen des Militärs rund um ihre Häuser und den täglichen Demütigungen von Übergriffen, Missbrauch und Schikanen durch das Militär konfrontiert. Nichts davon demobilisierte jedoch die politische studentische und Jugendbewegung, deren Widerstand gegen die indische Besetzung sogar Sympathie in Indien und international hervorrief.

Die indische Armee wurde durch den anhaltenden Widerstand

und den Angriff im Pulwama-Bezirk vom Februar (siehe oben), bei dem ein islamistischer Selbstmordanschlag auf einen Armeekonvoi in Kaschmir mehr als 40

Mitglieder der Spezialpolizei tötete, frustriert und demoralisiert. Dies wurde zum Vorwand genommen, um die Angriffe auszuweiten und militärische Macht zu demonstrieren, indem Balakot in Pakistans Provinz Khyber Pakhtunkhwa (von 1901

bis 2010: Nordwestliche Grenzprovinz) bombardiert wurde.

Pakistan schoss indische Flugzeuge als Vergeltung ab und nahm einen Piloten gefangen. Der Premierminister des Landes, Imran Khan, bot dann Gespräche und Frieden an. Der Pilot wurde freigelassen und am 1. März als Geste des guten Willens an Indien übergeben. Dies zeigt einerseits die Schwäche und Isolation des pakistanischen Staates, andererseits hofft er, durch dieses Manöver sowohl regional als auch global zu profitieren. Viele aus der pakistanischen Linken lobten dies und unterstützten den taktischen Zug der Regierung, was ihr einen linken Deckmantel verlieh. Das ist nicht nur unehrlich, es ist auch selbstzerstörerisch. Wenn es nicht gelingt, die ganze Heuchelei des pakistanischen Staates aufzudecken, wenn nicht auf die Verletzung und Verweigerung der demokratischen Rechte für die belutschischen, paschtunischen, sindhschen und muhajirischen Völker und Nationalitäten innerhalb Pakistans verwiesen wird, spielt dies den ZynikerInnen der Regierung in die Hände, die sich als rationale „VerteidigerInnen der Nation“ oder des kaschmirischen Volkes präsentieren.

In Wirklichkeit hat nicht nur Indien, sondern auch Pakistan dem kaschmirischen Volk das Recht verweigert, über das Schicksal seines eigenen

Landes zu entscheiden. Kein Wunder, dass die Kaschmiris mit der pakistanischen Art der Kontrolle und Plünderung ihrer Ressourcen nicht zufrieden sind.

Tatsächlich ist Pakistan bestrebt, den kaschmirischen nationalen Kampf entlang religiöser Spaltungslinien auseinanderzudividieren und ihn dadurch zu schädigen, mit der Absicht, ihn zu einem Werkzeug im Kampf um die regionale Macht zu machen.

Wir SozialistInnen sind gegen diesen Krieg. Die ArbeiterInnen, die Jugendlichen, die Volksmassen Indiens und Pakistans dürfen sich nicht zu Werkzeugen in den Auseinandersetzungen zwischen den nationalistischen bürgerlichen FührerInnen machen lassen. Ein Krieg würde nur den Kapitalistinnen und den herrschenden Eliten dienen. Gleichzeitig dürfen wir, so sehr wir uns einem solchen Krieg widersetzen, die so genannte „Friedenspolitik“ dieser Regierungen nicht anerkennen. Sie ist nur ein Mittel, um ihre Klasseninteressen als Formen der „nationalen Verteidigung“ darzustellen.

Um der Region echten Frieden zu bringen, müssen wir, die pakistanischen und indischen Linken, ArbeiterInnen, Jugendlichen und alle Unterdrückten, uns mit dem kaschmirischen Volk solidarisieren. Die kaschmirische Bevölkerung ist es, die seit Jahrzehnten mit den Folgen von Besetzungs- und Machtkonflikten zwischen Indien und Pakistan konfrontiert ist. Die jüngste Verschärfung der Spannungen und die Situation, in der sich die einfachen Kaschmiris auf beiden Seiten der Kontrolllinie befinden, zeigen dies. Eine militärische Eskalation zwischen Indien und Pakistan könnte ihr ganzes Land zerstören und es zu einem blutigen Kampfplatz machen.

Ohne den Abzug der indischen und pakistanischen Armeen aus Kaschmir wird es keinen Frieden auf dem Subkontinent geben. Ohne dies können die Kaschmiri über ihr Schicksal nicht frei entscheiden, ihr Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben.

Während wir das Recht der Guerillas, sich den Besatzungskräften zu widersetzen, anerkennen und verteidigen, schlagen wir eine andere politische Strategie vor: eine Strategie der Klassensolidarität und des gemeinsamen Kampfes, um die indische und pakistanische ArbeiterInnenklasse für die Auseinandersetzung um das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu gewinnen. Wir treten für einen massenhaften Kampf der ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen und Armen ein und verbinden den Kampf um

Selbstbestimmung mit dem für eine sozialistische Zukunft. Es ist die Pflicht jedes/r SozialistIn in Indien und Pakistan, den kaschmirischen Kampf für Unabhängigkeit zu unterstützen und ihn mit dem gegen imperialistische Ausbeutung und für eine sozialistische Konföderation Südasiens zu verbinden.

Pakistan: Freiheit für Rawal Asad!

Liga für die Fünfte Internationale, 21. Februar 2019, Infomail 1043, 21. Februar 2019

Rawal Asad, ein pakistanischer Studentenfürer von des Government Emerson Collage in Multan und Aktivist der „Progressive Youth Alliance“ (Fortschrittliches Jugendbündnis, PYA) wurde am 12. Februar unter dem falschen Vorwurf des Aufruhrs verhaftet. Die RichterInnen verweigerten ihm sogar eine angemessene Verteidigung durch seine AnwälInnen und lehnten es ab, ihn am 15. Februar gegen Kaution freizulassen.

Er wurde wegen Teilnahme an einem friedlichen Protest am 5. Februar verhaftet, zu dem von der Bewegung zum Schutz der PaschtunInnen (PTM) gegen die Ermordung von Arman Luni aufgerufen wurde, der von der Polizei zu Tode geprügelt worden war. Schon die Teilnahme an dieser Kundgebung und die Solidarität mit den Unterdrückten scheint für die Polizei und den/die RichterIn einen „Aufruhr“ darzustellen. In Wirklichkeit wurde Rawal Asad vor Gericht gestellt, weil er seine demokratischen Rechte ausgeübt und die anderer Menschen verteidigt hat! Wir verurteilen diesen empörenden Akt aufs Schärfste und solidarisieren uns vorbehaltlos mit Rawal Asad, der PYA und all denen, die sich

in Solidarität mit ihnen gezeigt haben.

Andere AktivistInnen, die ebenfalls bei den gleichen Protesten gegen die Ermordung von Arman Luni verhaftet wurden, darunter mehrere StudentInnen und PTM-AnführerInnen aus Islamabad und Ammar Ali Jan, Professor am FC-College in Lahore, wurden gegen Kaution freigelassen und warten derzeit auf den Prozess.

All dies zeigt deutlich, dass die Regierung alle Aktionen in Solidarität mit den Unterdrückten verhindern will und bereit ist, das Grundrecht auf Organisation und Protest anzugreifen. Wir verurteilen diese undemokratischen und rechtswidrigen Verhaftungen und die Weigerung, die unschuldigen StudentInnen auf Kaution freizulassen. Wir unterstützen die Kampagne der PYA für die Freilassung von Rawal Asad und ihre Forderung, das Verfahren gegen ihn und andere AktivistInnen der Linken, der demokratischen Bewegungen, der paschtunischen StudentInnen und anderer Minderheiten einzustellen.

Wir rufen die Linke und alle Arbeiterorganisationen auf, die Aktionen zur Freilassung von Rawal Asad zu unterstützen!

Unterzeichnet die Petition auf change.org!

Pakistan: PaschtunInnen-Anführer bei Polizeiprovokation tot geprügelt

Liga für die Fünfte Internationale, 7. Februar 2019, Infomail 1041, 9. Februar 2019

Mohammad Ibrahim Arman Luni weilt nicht mehr unter uns. Er wurde am Samstag, den 2. Februar, von der Polizei zu Tode geprügelt. Arman Luni war nicht nur ein beliebter Hochschullehrer und ein Freund für viele; er war einer der AnführerInnen der PaschtunInnenschutzbewegung (Pashtun Tahafuz Movement, PTM). Tausende von Menschen in Khyber Pakhtunkhwa, bis 2010 in Pakistan als Nordwestliche Grenzprovinz bezeichnet, und auf der ganzen Welt trauern um ihn. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, seinen FreundInnen und GenossInnen. Unsere Unterstützung gebührt den mutigen Frauen, Männern und Jugendlichen, die gegen Ungerechtigkeit und Tyrannei auf die Straße gehen.

Wir teilen die Botschaft von Arman

Lunis Schwester, die alle PaschtunInnen aufforderte, „ihre Stimmen zu erheben, da sie euch sonst zu Hunderten und Tausenden töten werden“, und wir richten diesen Aufruf an die ArbeiterInnen-, Bauern/Bäuerinnen-, Jugend- und Frauenbewegungen in ganz Pakistan. JedeR SozialistIn, ja sogar jedeR ehrlicheR DemokratIn sollte die PTM und die pakistanische Linke in dieser Situation unterstützen. Es steht viel auf dem Spiel und die internationale Solidarität ist von entscheidender Bedeutung.

Kaltblütiger Mord

Arman Luni ging in die Stadt Loralai in Belutschistan, um vor einem Sit-in gegen anhaltende Gewalt und die Zwangsvertreibung der EinwohnerInnen aus dem Gebiet zu protestieren. Diese „Maßnahmen“ waren der Hintergrund für einen Terroranschlag des reaktionären Tehrik-i-Taliban (Bewegung der pakistanischen Taliban, TTP) am 29. Januar, bei dem neun Menschen starben, davon acht PolizistInnen, und weitere 21 BürgerInnen verletzt wurden. Im Gegensatz dazu war das Sit-in prinzipienfest, friedlich und legitim. Dennoch wurde es von der Polizei als Vorwand benutzt, um Arman Luni öffentlich und am helllichten Tag brutal zu ermorden.

Als Mohsin Dawar, Ali Wazir und andere FührerInnen der PTM herbeieilten, um an seiner Beerdigung teilzunehmen, wurden sie daran gehindert, nach Belutschistan einzureisen. Die Regierung erklärte, sie sei „erfreut, mit sofortiger Wirkung für siebenundneunzig Tage ein Einreiseverbot für Dawar und Wazir zusammen mit ihren UnterstützerInnen zu verhängen“. Sie fügte dann dem Unrecht beleidigend hinzu, dass sie „Grund zu der Annahme hatte, dass es Umstände gibt, die eine außerordentliche Wachsamkeit und umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen erfordern, um jedem unerwünschten Vorfall vorzubeugen“. Als die beiden Mitglieder des pakistanischen Parlaments, die trotz dieser Beschränkungen am Begräbnis teilgenommen hatten, auf dem Rückweg die Grenze passierten, eröffnete das Militär das Feuer mit scharfer Munition, traf und beschädigte ihr Fahrzeug.

Heuchelei enthüllt

Sowohl die Pakistani Muslim League-Nawaz (Pakistanische Muslimliga-Nawaz-Flügel, PML-N), Pakistans größte Oppositionspartei, als auch die regierende pakistanische Tehreek-e-Insaf-Partei (Pakistanische Bewegung für

Gerechtigkeit, PTI) von Imran Khan schwiegen über diese Gräueltaten. Damit bekräftigten sie ihre fortdauernde Komplizenschaft mit den Militär- und Sicherheitskräften bei der Unterdrückung echter Massenbewegungen von unterdrückten Menschen für soziale und demokratische Rechte.

Es ist klar, dass die pakistanische herrschende Klasse keine Scham kennt. Der aktuelle Lauf der Dinge ist nicht nur eine Verletzung aller denkbaren demokratischen Rechte, sondern auch der gesetzlich verbürgten Rechte, die der Staat zu garantieren behauptet. Die Bewegung muss die Wahrheit sehen und die Wahrheit in jedem Winkel des Landes zum Klingen bringen.

Es ist seit langem offensichtlich, dass der pakistanische Staat bereit ist, friedliche Proteste zu zerschlagen und politische Aktivistinnen zu töten, aber was hier hervorgehoben werden muss, ist, dass das Sit-in ein Protest gegen die repressiven Maßnahmen des Staates und die reaktionäre Politik der Taliban war. Wenn man dann zwei gewählten Abgeordneten den Zugang zu einer Provinz verweigert und sie an der Grenze beschießt, wird der autoritäre Charakter des Staatsapparates deutlich, unabhängig davon, ob die Regierung zivil oder militärisch ist.

Es zeigt sich auch, dass die pakistanische herrschende Klasse zwar die Verteidigung der Einheit des Landes großspurig zur Schau stellt, diese „Einheit“ aber nicht die Freizügigkeit ihrer BürgerInnen beinhaltet. Tatsächlich ist ihr Gerede von Einheit ein Vorwand, um Kritik und Opposition stumm zu machen, um sektiererisch zu spalten und Minderheiten jegliche demokratische oder nationale Rechte zu verweigern. Als FreundInnen kamen, um die Ermordung eines Begleiters zu betrauern, wurde ihnen das Recht verweigert, an einer Salat al-Janazah (islamische Beerdigung) teilzunehmen.

Tatsächlich hat die Ermordung von Arman Luni die Heuchelei der herrschenden Klasse enthüllt. Sie hat vor der ganzen Nation offenbart, worum es bei dem „Naya Pakistan“ („Neues Pakistan“), das Imran Khan in seinem Wahlkampf versprochen hat, wirklich geht.

Provokation

Unabhängig davon ist dies jedoch kein Kampf, der allein aufgrund größerer moralischer Autorität gewonnen werden kann. Wäre dies der Fall, hätte die PTM bereits gewonnen. Wir müssen erkennen, dass die Ermordung eines so hochrangigen Anführers der prominentesten Massenbewegung Pakistans kein willkürlicher Akt einer lokalen Polizeibehörde war. Der Mord trägt alle Anzeichen für einen Versuch der ISI, Pakistans unheimlicher Sicherheitsbehörde, nicht nur die Führung der PTM zu erschrecken, sondern vor allem eine Antwort zu provozieren, die dann eine weitaus umfassendere Repression der Bewegung der PaschtunInnen „rechtfertigen“ könnte. Wenn provinzielle und nationale Regierungsstellen nicht von Anfang an daran beteiligt waren, haben sie sich sowohl durch ihr Handeln als auch durch ihr Schweigen mitschuldig gemacht.

Der Ministerpräsident von Belutschistan, Jam Mir Kamal Khan Alyani, enthüllt unbeabsichtigt den Plan des Militärs und der Regierung, wenn seine Regierung erklärt, dass die PTM „öffentlichen Frieden und Sicherheit“ gefährde. Das Militär und die Regierung wollen einen Showdown. Sie sind derzeit auf der Suche danach, eine Situation zu provozieren, die eine umfassende Operation gegen die PTM ermöglichen würde, die breitere Bewegung zu unterdrücken, die Führung der Bewegung einzusperren oder gar zu töten. Sie wollen, dass die PTM die imaginären „roten Linien“ überschreitet, die Generalmajor Asif

Ghafoor, Generaldirektor der Inter-Services Public Relations, dem Medienflügel der pakistanischen Streitkräfte, Anfang Dezember 2018 in einer dünn verschleierte Bedrohung geschaffen hat.

...lasst sie nicht!

Die Leitung der PTM ist sich dessen bewusst. Während Proteste ausbrachen, nachdem die Nachricht von den Morden national und international verbreitet wurde, hat sie ihre AnhängerInnen aufgefordert, besonnen zu bleiben. Dies ist eine kluge Entscheidung und wir unterstützen nachdrücklich ihre Argumentation. Die Bewegung sollte nicht zulassen, dass die Regierung ihre nächsten Schritte bestimmt. Allein der Mord kann und wird neue UnterstützerInnen in die Bewegung einbeziehen und die von Anfang an aktiven Schichten revitalisieren.

Warum jetzt?

Der Staat wollte aus zwei miteinander zusammenhängenden Gründen eine Offensive starten. Die Massenkundgebungen vom vergangenen Frühjahr sind vorbei, was die KernaktivistInnen der Bewegung verletzlicher macht, aber gleichzeitig gibt es immer häufiger und mehrere Fälle von Vergeschwisterung mit anderen nationalen und ethnischen Minderheiten über Provinzgrenzen hinweg. Die herrschende Klasse Pakistans fürchtet all solche Entwicklungen wie die Pest - und das aus gutem Grund.

Wenn überhaupt, dann ist dieser Prozess in den letzten Monaten vorangekommen. Der Geist der PTM und ihre demokratischen Forderungen haben die Grenzen von Khyber Pakhtunkhwa, dem paschtunischen Kernland, überschritten. Dies zeigte

sich in der demonstrativen gegenseitigen Unterstützung, als die Baloch Student Organisation (Belutschische Studierendenorganisation, BSO) bei der jüngsten Offensive gegen das belutschische Volk angegriffen wurde. Der Aufruf zur Solidarität der BSO wurde von der PTM beantwortet und ihr Hauptführer, Manzoor Pashteen, ging zu den Protesten in Quetta, Verwaltungssitz von Belutschistan, um eine Ansprache zu halten, aber von der Provinzregierung wurde ihm wie den Trauernden um Arman Luni der Zugang zur Provinz schändlicherweise verweigert.

Ähnliche Formen des politischen Erwachens waren zu beobachten, als Manzoor Pashteen Karatschi (Hauptstadt der Provinz Sindh und größte Stadt Pakistans) besuchte. Tausende überfluteten die Straßen, um ihn zu begrüßen, zu sehen und zu hören. Selbst die Versuche der Muttahida-Qaumi-Bewegung (MQM), sich mit der PTM zu verbinden, könnten die ersten Risse in der Mauer sektiererischen Hasses darstellen, die von Pakistans Eliten sorgfältig errichtet wurde. Obwohl man solche Versuche der sektiererischen und erz-reaktionären MQM-Führung in einem kritischen Licht sehen und sich jedem politischen Bündnis mit dieser Truppe widersetzen muss, verurteilen wir eindeutig den Staatsterror, der derzeit in Karatschi ausgeübt wird, und sehen, dass es eine Möglichkeit gibt, den sektiererischen Hass zu beenden, der die paschtunischen, afghanischen und mohajirischen (muslimische, nach der Unabhängigkeit Pakistans aus verschiedenen Teilen Indiens Eingewanderte) Gemeinschaften von Karatschi und Hyderabad heimgesucht und gespalten hat.

Wir müssen weitermachen, um zu siegen

Dass die PTM in der aktuellen Situation ruhig bleiben und nicht in die offensichtliche Falle der staatlichen ProvokateurInnen geraten muss, bedeutet nicht, dass die Dinge so

bleiben sollten, wie sie waren. Die Ermordung von Arman Luni hat die Situation grundlegend verändert. Während die Armeegeneräle im Dezember sich gerade Zeit erkaufte, als sie die AnhängerInnen der PTM zu ihren Geschwistern erklärten, könnten sie nun bereit sein, in einen umfassenden Krieg zu ziehen. Ohne Illusionen in die Offizierskaste zu haben, täte die PTM gut daran, die einfachen MannschaftssoldatInnen an diese versprochene Vergeschwisterung zu erinnern und sie aufzufordern, keinen einzigen Schuss auf ihre AnhängerInnen abzugeben.

In einer solchen Situation ist es nicht verwunderlich, dass irreführende Ideen und Illusionen entstehen. So haben beispielsweise einige, vor allem jugendliche UnterstützerInnen, Untersuchungen durch die Vereinten Nationen gefordert. Im Gegensatz zur reaktionären Verleumdung der Rechten bringt dies keine proimperialistische Agenda zum Vorschein. Vielmehr drückt es Verzweiflung angesichts eines extrem repressiven Staates aus. Dennoch muss klar gesagt werden, dass den Vereinten Nationen keine Hoffnungen oder Vertrauen entgegengebracht werden können, wie die Opfer von al-Sisi, Erdogan oder Assad, von Putin, Xi oder Trump bezeugen können. Während einige bürgerliche Regierungen bereit sein könnten, für ihre eigenen Interessen zu protestieren, werden die GeldgeberInnen, HandelspartnerInnen und Verbündeten des pakistanischen Staates über das Schicksal der PTM schweigen, wenn nicht sogar heimlich ihre Unterdrückung unterstützen. Der mutige Kampf der PTM braucht und verdient jedoch dringend die Unterstützung durch die internationale ArbeiterInnenbewegung. Deshalb fordern wir alle Gewerkschaften, ArbeiterInnenparteien und fortschrittliche Bewegungen auf, diese zu leisten.

Die gegenwärtige Situation erfordert, dass das paschtunische Volk und die Führung von PTM bewusst versuchen, ihre Bewegung mit der Bevölkerung der anderen Provinzen zu vereinen. Der sicherste Weg, die berechtigten demokratischen Forderungen der PaschtunInnen zu erfüllen, ist die Solidarität und

das gemeinsame Handeln mit den belutschischen, sindhschen, mohajirischen, kaschmirischen und auch den punjabischen Massen. Es ist besonders schwierig, die Solidarität der ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Mittelschichten aus dem Punjab zu gewinnen. Die zentrale Provinz ist die Machtbasis des Staatsapparates und der Ort, an dem er die größten Versuche unternommen hat, das Gift des Chauvinismus zu verbreiten. Aber es ist nicht unmöglich, wie die PTM-Proteste in Lahore und Islamabad gezeigt haben, an denen sich ArbeiterInnen und StudentInnen aus dem Punjab beteiligten. Es war keine Überraschung, dass gerade in Islamabad Proteste mit polizeilicher Brutalität beantwortet wurden. Die bloße Existenz der PTM hat bereits Möglichkeiten geschaffen, die Unterdrückten der verschiedenen Ethnien in Pakistan zusammenzubringen.

In diesem Prozess können wir keine Hoffnung auf die bürgerlichen Medien setzen. Die Fernsehsender, die Presse und die Mehrheit der JournalistInnen haben gezeigt, dass sie entweder auf der Seite der pakistanischen herrschenden Klasse in dieser Frage stehen oder dass sie zu feige sind, um der faktischen Medienblockade zu trotzen, die das Militär und die Regierung errichtet haben. Stattdessen sollte die PTM zusammen mit allen linken und fortschrittlichen Bewegungen ein System von Internet- und Druckmedien aufbauen, das die Arbeiterinnen in den Industriestädten und die Bauern/Bäuerinnen in den ländlichen Gebieten außerhalb von Khyber Pakthunkhwa erreichen kann.

Am 5. Februar wurde zu Massenkundgebungen aufgerufen und diese waren sehr erfolgreich. Die Beteiligung der Awami Workers Party (AWP) und anderen kleiner sozialistischer Organisationen stellte dabei eine positive Entwicklung dar. Wir begrüßen auch die Verurteilung der Ermordung Lunis durch AWP-AnführerInnen wie Ismat Shah Jahan. Aber wir sind der Auffassung, dass diese Unterstützung nicht genug ist. Jede sozialistische Organisation, die ihren Namen verdient, sollte diesen Prozess nicht nur unterstützen, sondern an vorderster Front stehen.

Was wir brauchen, ist eine Strategie für den Gegenwehr und die bedingungslose materielle Unterstützung. Die Liga für die Fünfte Internationale ist stolz darauf, auf der Seite der PTM zu stehen, und fordert alle pakistanischen Führerinnen von Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen auf, gemeinsam mit der PTM eine Einheitsfront für die Verteidigung der demokratischen Rechte aufzubauen und für Massenaktionen auf den Straßen und an den Arbeitsplätzen zu mobilisieren.

Gleichzeitig fordern wir alle Organisationen, die mit uns in dieser Frage übereinstimmen, auf, sich zu einer ernsthaften Diskussion über ein revolutionäres sozialistisches Programm für Pakistan zusammenzufinden. Als Grundlage für eine solche Diskussion bieten wir unser eigenes „Aktionsprogramm“ an. Die AWP ist ihrem Gründungsversprechen nicht nachgekommen, den Aufbau dessen voranzutreiben, was wir heute dringend brauchen: eine geeinte ArbeiterInnenpartei mit einem klaren Aktionsplan.

- Für eine sofortige Untersuchung der Ermordung von Arman Luni unter der Leitung der Abgeordneten Mohsin Dawar und Ali Wazir sowie der gewählten Vertreterinnen der PTM!
- Für die Freizügigkeit und ein Ende aller Beschränkungen beim Überschreiten der Provinzgrenzen sowie ein Ende des repressiven Kontrollpunktesystems!
- Für das Recht auf Protest und ein Ende aller Verfolgungen durch den Staat, sei es durch polizeiliche Brutalität während der Proteste oder Einschüchterung durch Drohungen und Entführungen durch die Geheimdienste vor oder nach den Protesten!

- Für die sofortige Freilassung aller vermissten Personen und ein Ende der strafrechtlichen Praxis der außergerichtlichen Entführungen! Wir schlagen vor, dass VertreterInnen der Bewegungen zur Rettung vermisster Personen und der PTM das Recht erhalten, VertreterInnen zu wählen, die das Recht haben, die Gefängnisse und Verstecke zu untersuchen, in denen Menschen ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden.
- Wir fordern ein Ende aller Militäroperationen in Pakistan. Es gibt einen einfachen Weg, den „Krieg gegen den Terror“ in Pakistan zu beenden: Der Staat sollte seine gesamte Unterstützung für fundamentalistische und terroristische

Organisationen in Pakistan und Afghanistan einstellen! Der pakistanische Staat handelt nicht „antiimperialistisch“, wenn er das pakistanische Volk aus sektiererischen Gründen spaltet und das afghanische Volk abhängig hält.

- Wir unterstützen uneingeschränkt den Widerstand gegen die kriminelle Besetzung Afghanistans und die Verbrechen an unseren afghanischen Brüdern und Schwestern. Wir freuen uns auf den Tag, an dem die ausländischen Streitkräfte besiegt und aus dem Land geworfen werden. Wenn der pakistanische Staat wirklich daran und nicht an seinen eigenen egoistischen Zielen interessiert wäre, würde er alle Nachschubrouten für NATO-Truppen schließen und seine eigene militärische Intervention beenden.